

Inhaltsverzeichnis

1. Bier-Lobby	
2. Sigmar Gabriel	
3. Wolfgang Clement	
4. Wolfgang Tiefensee	
5. Lebensmittelverband Deutschland	
6. Wirtschaftsforum der SPD	
7. Wirtschaftsrat der CDU	

Deutscher Brauer-Bund

Der **Deutsche Brauer-Bund (DBB)** ist die Interessenvertretung der deutschen Bierindustrie. Der DBB hat besonders gute und vielfältige Beziehungen in die Politik und wendet sich gegen wirksame Alkoholprävention.

Der enge Kontakt zeigt sich insbesondere an dem seit 2002 verliehenen Titel „Botschafter des Bieres“, welcher bereits an fünf Bundesminister_innen für Landwirtschaft und Ernährung vergeben wurde. Zudem initiierte der DBB verschiedene Kampagnen.

Durch die Alkohollobby im Allgemeinen und die Arbeit des Brauer-Bunds um Speziellen ist zu erklären, warum Regulierungen, die der Suchtprävention dienen, in Deutschland so schwach sind.

Deutscher Brauer-Bund e. V.

Rechtsform	e.V.
Tätigkeitsbereich	Lobbyarbeit für die Brauwirtschaft
Gründungsdatum	1871
Hauptsitz	Neustädtische Kirchstraße 7a, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Boulevard Charlemagne, 96, B-1000 Bruxelles
Webadresse	http://www.brauer-bund.de/

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Struktur	3
2 Finanzen und Lobbyausgaben	3
3 Politischer Einfluss	3
3.1 Parlamentskreis Braukultur	4
3.2 Deutsches Institut für Reines Bier e.V.	4
3.3 FORUM BIER e.V.	4
4 Lobbystrategien	4
4.1 Framing	5
4.2 Kampagnen und Selbstverpflichtungen	5
4.3 Sektorübergreifende Allianzen	6
5 Fallstudien und Kritik	6
5.1 Seitenwechsel Holger Eichele	6
5.2 Botschafter:in des Bieres	6
5.3 Nationaler Aktionsplan	8
5.4 Arbeitsgruppe "Alkoholkonsum reduzieren"	8
6 Mitgliedschaften	9
7 The Brewers of Europe	9
7.1 European Foundation for Alcohol Research	9
7.2 EP Beer Club	10
7.3 European Alcohol and Health Forum	10
8 Zitate	10
9 Weiterführende Informationen	10
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
11 Einzelnachweise	11

Kurzdarstellung und Struktur

Gegründet wurde der DBB im Jahr 1871, womit der Verband eine der ältesten Lobbyorganisationen in Deutschland und seit 1949 als Verein registriert ist. Um die Interessen der deutschen Brauwirtschaft zu fördern, ist es erklärtes Ziel des DBB die "Einführung oder Anhebung von Steuern oder Abgaben" zu verhindern und die "wirtschaftliche Freiheit, Bier weiterhin bewerben und verkaufen zu dürfen" zu erhalten. ^[1]

Seit 2023 ist Christian Weber Präsident des DBB, Geschäftsführer der Karlsberg Brauerei in Homburg. Das Präsidium wird durch Vertreter von Großbrauereien, wie der Bitburger, Paulaner, Anheuser Busch und Radeberger Brauereien, dominiert. ^{[2][3]}

Hauptgeschäftsführer des DBB ist Holger Eichele, früherer Pressesprecher des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Der DBB hat seit einer Strukturänderung im Jahr 2012 zwölf Mitglieder: Sechs Regionalverbände und sechs große Brauereien bzw. Brauereigruppen. ^{[4][5]}

Finanzen und Lobbyausgaben

Dem DBB standen 2022 knapp zwei Millionen Euro zur Verfügung, die größtenteils aus Mitgliedsbeiträgen stammen. ^[6] Die Arbeit des DBB wird laut einer Informationsbroschüre von 2013 über größenabhängige Beiträge bei den Brauereien der Regionalverbände und über Beiträge von Direktmitgliedern finanziert. Der Beitrag für die Wissenschaftsförderung liegt einheitlich bei 0,75 Cent je Hektoliter Jahresausstoß. ^[7] Im deutschen Lobbyregister gab der DBB an, im Jahr 2022 720 – 730 T€ für Lobbyarbeit auszugeben und 4 Lobbyist_innen zu beschäftigen. ^[8]

Auch im europäischen Lobbyregister ist der DBB eingetragen. Dort hat der Brauer-Bund für das Jahr 2022 50.000 bis 99.999 € an Lobbyausgaben und 4 beschäftigte Lobbyist_innen angegeben, die sich insgesamt mit 0,4 Vollzeitäquivalenten der Lobbyarbeit widmen. ^[9]

Politischer Einfluss

Nach eigenen Angaben verfügt der DBB über „ein Netzwerk mit Zugang und Akzeptanz bei Ministerien, Politik, Behörden, Wissenschaftlern, Presse und Meinungsmultiplikatoren sowie mit Branchen im vor- und nachgelagerten Bereich“. ^[10]

In Deutschland wird der Einfluss der Alkohollobby auf die Politik insgesamt als sehr hoch eingeschätzt. ^[11] Eine kleine Anfrage der Partei DIE LINKE zur Häufigkeit von Treffen zwischen Vertreter_innen der Bundesregierung und Alkoholindustrie verdeutlicht den ausgesprochen engen Kontakt: Im Zeitraum von 2018 bis 2022 fanden 28 Treffen statt, davon alleine 12 mit dem DBB. Welche Priorität demgegenüber der Gesundheitsschutz hat, kontrastieren die drei Treffen im selben Zeitraum mit Vertreter_innen der Zivilgesellschaft. ^[12]

Insbesondere die Kontakte und Netzwerke in die Politik sind vielfältig und reichen über alle Parteien hinweg.

Parlamentskreis Braukultur

Der Anfang 2022 gegründete Parlamentskreis Braukultur hat sich im Kontext sinkender Bierabsätze durch die Corona-Pandemie gegründet. Überfraktionell gehören über 60 Abgeordnete dem Parlamentskreis an. Die Nähe zum DBB zeigt sich exemplarisch an der gemeinsamen Einladung zum Abendempfang mit mehr als 150 Gästen.^[13]

Die Vorsitzende des Parlamentskreis Braukultur Lisa Badum (Grüne) setzte sich im Herbst 2022 erfolgreich für eine Verlängerung der reduzierten Biersteuersätze für kleine und mittlere Brauereien ein und begrüßte die Fortführung des gesenkten Mehrwertsteuersatzes für das Gastgewerbe.^[14] Zudem trat sie beim Deutschen Brauertag des DBB 2023 und 2024 als Rednerin auf.^{[15][16]}

Andreas Mattfeldt, ebenfalls Gründungsmitglied des Parlamentskreis, ist selbst als Brauer des „Preußen Pilsner“ tätig, gemeinsam mit seinem Geschäftspartner und Freund Georg Friedrich Prinz von Preußen.^{[17][18]}

Deutsches Institut für Reines Bier e.V.

Der 1974 gegründete Verein hat laut Lobbyregisterangaben 120 Mitglieder. Zu den Mitgliedern zählen amtierende und ehemalige Mandatsträger:innen aus Bundestag, Landtagen und Kommunalparlamenten sowie Vertreter:innen aus Verbänden und der Brauwirtschaft.^[19] 2013 waren knapp die Hälfte der Mitglieder Politiker:innen.^[20] Seit 2025 ist der Bundestagsabgeordnete Michael Kießling (CSU) Präsident des "DIRB".^[21] Sein Vorgänger in diesem Amt war MdB Max Straubinger (CSU).^[19]

Selbst ernanntes Ziel ist der „Erhalt des Reinheitsgebotes und der Braukultur“.^[19] Finanziert wird der Verein laut einem Artikel von 1974 vom DBB.^[22] Vertreter:innen des Deutschen Instituts für Reines Bier e.V. nehmen regelmäßig prominent an Veranstaltungen des DBB teil, wie Max Straubinger als Redner am Deutschen Brauertag 2023.^{[15][20]}

Das Deutsche Institut für Reines Bier e.V. engagierte sich 2011 für eine Anerkennung des Reinheitsgebot als Immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe.^[23] Der Antrag wurde jedoch von der Jury mit der Begründung abgelehnt, dass die Bierproduktion in Deutschland inzwischen sehr industriell geprägt sei.^[24] 2020 wurde nach erneuter Bewerbung schließlich das "handwerkliche Bierbrauen" als immaterielles Kulturerbe im bundesweiten Verzeichnis aufgenommen.^{[25][26]}

FORUM BIER e.V.

Beim FORUM BIER e.V. handelt es sich um einen DBB nahen Förderkreis, Hauptgeschäftsführer ist auch hier Holger Eichele. Er setzt sich aus Vertretern der Brauereiindustrie und Verbänden zusammen und tritt laut Lobbyregistereintrag „für eine Verbesserung der rechtlichen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen“ ein.^[27] Dieser lud beispielsweise gemeinsam mit dem DBB 2017 zum Parlamentarischen Abend rund 300 Gäste aus Bundesregierung und Bundestag sowie Vertreter_innen von Unternehmen, Verbänden, Wissenschaft und Medien ein.^[28]

Lobbystrategien

Neben dem direkten Lobbying nutzt die Alkohollobby und insbesondere der DBB vielfältige Lobbystrategien.

Framing

Der Deutsche Brauer-Bund bemüht sich die gesundheitlichen Risiken des Alkoholkonsums zu relativieren und sogar teilweise infrage zu stellen. Das Landgericht Berlin hat dem DBB 2011 verboten, mit positiven gesundheitsbezogenen Wirkungen von Bier zu werben.^[29] Dennoch stellt der DBB in seiner Kampagne "Bier bewusst genießen" einen Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Schlankheit her.^[30]

So wurden in der 2008 veröffentlichten und noch bis 2016 abrufbaren Publikation *Fakten zur Alkoholpolitik* mehrfach auf die angeblich gesundheitsfördernde Wirkung von Alkohol hingewiesen: Letztlich würden von „Gesundheitspolitikern“ immer nur die „angeblichen Schäden“ durch Missbrauch und nicht die „positiven Aspekte“ in die „Rechnung“ mit einbezogen.^[31]

Zentrale Strategie ist dabei, eine klare Trennung zwischen missbräuchlichem und einem vermeintlich unbedenklichen Konsum zu suggerieren.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Brauer-Bund (Stand 2024) explizit an, sich für eine "Beibehaltung der Trennung zwischen verantwortungsvollem Bierkonsum und schädlichem Alkoholmissbrauch."^[32]

Dabei werden aktuelle medizinische Studien ignoriert, die belegen, dass es keinen risikofreien Konsum und insbesondere keine gesundheitsfördernde Wirkung von Alkohol gibt.^[33] Häufig zitierte die Alkohollobby Studien, die einen moderaten Alkoholkonsum mit einer erhöhten Lebenserwartung in Verbindung setzten. Dabei berücksichtigten die Studien nicht, dass sich die Vergleichsgruppe der Abstinenzler häufiger aus ehemals Alkoholkranken oder Menschen mit Vorerkrankungen zusammensetzt.^[34]

Kampagnen und Selbstverpflichtungen

Um politischen Regulierungen zuvorzukommen und Handlungsbereitschaft zu signalisieren, setzen der DBB und die Alkoholindustrie allgemein auf Initiativen zur Selbstregulierung und öffentlichkeitswirksame Kampagnen.

Beispielsweise verpflichten sich Alkoholindustrie und Werbebranche statt Jugendlichen mindestens erkennbar junge Erwachsene als Darsteller_innen in Werben zu nutzen, um Minderjährige nicht unmittelbar anzusprechen.^[35]

Mit verschiedenen Kampagnen möchte der DBB seiner Verantwortung zum Gesundheitsschutz gerecht werden:^[36]

- Bier bewusst genießen
- Don't Drink and Drive
- Drink responsibly
- Schwanger. Natürlich ohne Alkohol
- Bier? Sorry. Erst ab 16

Die gesundheitliche Aufklärung ist dabei ausgesprochen lückenhaft und der Genuss von Alkohol wird zur Normalität erklärt. Auf der Webseite der Kampagne „Bier bewusst genießen“ werden die negativen Gesundheitsfolgen von Alkoholkonsum mit keinem Wort erwähnt. Hingegen räumt die Kampagne mit den Mythos des Bierbauchs auf und behauptet moderat trinkende Frauen seien im Durchschnitt sogar etwas dünner als Nichttrinkerinnen. Zudem werden der geringe Fett- und Kaloriengehalt und hohe Anteil an gesunden Nährstoffen von Bier hervorgehoben.^[30]

Zudem ist die Wirkung von Präventionskampagnen, besonders wenn aktiv unvollständige Informationen seitens der Industrie verbreitet werden, ausgesprochen umstritten.^[37]

Sektorübergreifende Allianzen

Eine weitere Strategie stellt das Mobilisieren von sektorübergreifenden Allianzen dar, wodurch der Druck auf die Politik erhöht wird.

Besonders stark ist diese Allianz in Deutschland, aber auch europaweit, zwischen den Brauereien und Fußballvereinen ausgeprägt. Beide Seiten sind an einer möglichst uneingeschränkten Fortführung von Sponsoring und Alkoholwerbung interessiert - jeder Verein der 1. und 2. Bundesliga wird von einer Brauerei gesponsort.^[38]

Als der Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung Anfang 2022 dem EU-Parlament empfahl Alkoholwerbung im Sport zu verbieten, folgte eine massive Kampagne von Brauereien und Fußballvereinen. E-Mails und Briefe aus ganz Europa und ein eigener Werbespot richteten sich an die Abgeordneten – sämtliche Maßnahmen wurden im Sinne der Brauereien abgeschwächt.^[38]

Eine ähnliche Interessensallianz existiert zwischen der Brauindustrie und der Werbebranche sowie dem Einzelhandel. All diese Akteure sind an einer Regulation, die wahrscheinlich ihren Umsatz reduziert, nicht interessiert.^[39]

Fallstudien und Kritik

Seitenwechsel Holger Eichele

Zum 01.11.2013 wechselte **Holger Eichele** die Seiten: Seit Dezember 2009 war er Pressesprecher des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und wechselte Ende 2013 direkt in die Hauptgeschäftsführung des DBB.^[5]

Botschafter:in des Bieres

Seit 2002 verleiht der DBB den Titel *Botschafter des Bieres*. Damit werden Menschen ausgezeichnet, „die sich durch besonderes Engagement ausgezeichnet haben.“ Dies kann zum Beispiel ein energischer und beispielhafter Einsatz für das deutsche Bier sein oder besondere ehrenamtliche, berufliche, soziale oder politische Aktivitäten oder zukunftsweisende Initiativen.^[40] Gerne werden Politiker_innen beehrt, die dann ein Jahr lang die Deutschen Brauer und das Deutsche Bier als Botschafter vertreten.

- 2025: Anke Rehlinger (Ministerpräsidentin Saarland)
- 2024: Carsten Linnemann (CDU Generalsekretär)

- 2023: **Johannes Vogel** (stellv. FDP-Vorsitzender und erster parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion)
- 2022: **Carsten Schneider** (Staatsminister im Kanzleramt und Ostbeauftragter der Bundesregierung)
- 2020 und 2021 gab es wegen der Corona-Pandemie keine Preisverleihung
- 2019: **Sigmar Gabriel**
- 2018: **Julia Klöckner** (damals Bundesministerin für Landwirtschaft und Ernährung)
- 2017: **Winfried Kretschmann** (Ministerpräsident Baden-Württemberg)
- 2016: **Norbert Lammert** (Bundestagspräsident)
- 2015: **Christian Schmidt** (damals Bundesminister für Landwirtschaft und Ernährung)
- 2014: Sonya Kraus und **Cem Özdemir** (Vorsitzender der Grünen, späterer Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft)
- 2013: **Peter Altmaier** (damals Bundesumweltminister)
- 2012: **Renate Sommer** (damals Mitglied im EU-Parlament und dort im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ENVI)
- 2011: Ina Müller und **Volker Kauder**
- 2010: **Volker Kauder**
- 2009: **Ilse Aigner** (damals Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft)
- 2008: **Frank-Walter Steinmeier**
- 2007: **Horst Seehofer** (damals Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft)
- 2006: **Peter Harry Carstensen**
- 2005: **Norbert Blüm**
- 2004: Jessica Schwarz und **Peter Müller**
- 2003: Barbara Schöneberger und **Wolfgang Clement**
- 2002: Manuel Andrack und **Dieter Hundt**

Kritisch zu bewerten ist die Bedeutung der Botschafter_innen:

- Cem Özdemir, Julia Klöckner, Christian Schmidt, Ilse Aigner, Horst Seehofer. Alle fünf Politiker_innen waren oder sind Bundesminister_innen für Landwirtschaft und Ernährung, womit sie politisch verantwortlich für die Regulation der Brauindustrie sind. Von ebenjener haben sie jedoch vor oder während ihrer Amtszeit eine Auszeichnung für „besonderes Engagement“ erhalten.
- Renate Sommer, MdEP und Mitglied im EU-Parlamentsausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI): In der Pressemitteilung zu ihrer Ernennung findet sich die Begründung, sie habe sich für die „kritische Bewertung und Überarbeitung von Rechtsvorschriften“ eingesetzt. Daneben der lobende Hinweis, dass sie, Ausschussmitglied für Volksgesundheit, als Vizepräsidentin des Bier-Clubs der EU-Abgeordneten auch offiziell gerne mal ein Bier trinkt.^[41]
- Volker Kauder, MdB, seit 2005 Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag: In der Pressemitteilung zu seiner ersten Ernennung 2010 wird er mit „seit jeher ein enger Vertrauter“ vorgestellt und bereits für sein eindrucksvolles Eintreten für maßvolles Handeln und gegen Verbote gelobt.^[42] 2011 wurde er erneut zum Botschafter ernannt, mit der Begründung, er habe im letzten Jahr sehr oft seine Liebe zum deutschen Bier und seine Verbundenheit zum Ausdruck gebracht.^[43] Durch die Bezeichnung des Bier-Botschafters als „Amt“ und nicht als Titel oder Ehrung wird deutlich, dass sich der DBB auch entsprechendes Engagement von der Verleihung erhofft. Kauder hat das Amt im ersten Jahr wohl zur Zufriedenheit aller ausgeübt. Ob führende Politiker offen für alkoholische Getränke werben sollten, ist umstritten, wie die Aufregung über Kauders Aussage „Wenn ich ein Achtel Wein im Jahr trinke, dann ist das viel. Aber zwei, drei Weizenbier am Tag – die müssen einfach sein“ zeigt.^[44]

Nationaler Aktionsplan

2008 legte die Facharbeitsgruppe *Suchtprävention* im Auftrag des Drogen- und Suchtrates die Empfehlungen für ein Nationales Aktionsprogramm zur Alkoholprävention vor.^[45] Das Programm empfahl unter anderem Preisregulierungen, Warnhinweise, Werbeverbote sowie eine weitere Senkung der Promillegrenze im Straßenverkehr. Die Brauer haben allerdings kein Interesse daran, dass sich durch solche Maßnahmen der Pro-Kopf-Konsum und damit auch der Umsatz verringert.^[46] Die Drogenbeauftragte Bätzing fügte die Empfehlungen im Herbst 2008 in ihr Programm ein. Zuvor hatte der DBB bereits reagiert: „Die geforderten Beschränkungen verstoßen gegen das Wettbewerbsprinzip“, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Information und das Recht auf freie Berufsausübung.^[47]

Lothar Ebbertz, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Brauerverbundes e.V., weiß, dass „Lobbyarbeit ihre Wirkung am besten im Stillen entfaltet.“ Ebendieser erstellte eine „kommentierte Version“ von Bätzings Programm und ließ es vom Bayerischen Industrie- und Handelskammertag, dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband, dem Landesverband des Bayerischen Einzelhandels und vom Verband Bayerischer Zeitungsverleger unterzeichnen. Am 04.08.2008 bat **Peter Ramsauer**, damals Chef der CSU-Landesgruppe in Berlin, Ebbertz um ein Gespräch. Nach weiteren Anhörungen mit dem DBB und der Werbewirtschaft verschickte die Drogenbeauftragte Bätzing ihren Entwurf Ende 2009 an die zuständigen Ministerien.^[39]

2009 wurde der Abschnitt über Werbebeschränkungen bei Kindern und Jugendlichen von einer Mitarbeiterin des **Zentralverbands der deutschen Werbewirtschaft** geändert in: „Aus Sicht der Bundesregierung [besteht] kein weiterer Regulierungsbedarf.“ Die Mitarbeiterin der Werbeindustrie schickte ihre Version an das Wirtschaftsministerium, das noch kleine Änderungen vornimmt und den Entwurf an Bätzing zurücksendet, die einige Änderungen rückgängig macht.^[39]

Im Stillen begann dann die politische Demontage des Berichts: Ende Januar 2009 strich Verkehrsminister **Wolfgang Tiefensee** die Senkung der Promillegrenze, in der Folge wurde auch die abgeschwächte Version des Gesetzesvorhabens in den Giftschrank verbannt: **Peter Ramsauer** informierte Ebbertz, dass sich „das Bundeskabinett entgegen der ursprünglichen Intention der Drogenbeauftragten nun nicht mehr mit dem umstrittenen Aktionsprogramm befassen [werde ...] Ich denke, mit diesem Vorgehen ist es gelungen, die Pläne der Drogenbeauftragten für neue und völlig unangemessene Restriktionen im Bereich Alkoholkonsum zu verhindern.“^[39] Staatssekretäre aus den unionsgeführten Ministerien waren sich einig, dass Bätzings Plan nicht reif sei für das Kabinett. Ihre Empfehlungen waren damit endgültig vom Tisch.

Arbeitsgruppe "Alkoholkonsum reduzieren"

Im Zuge des 2015 verabschiedeten Präventionsgesetzes wurde die Arbeitsgruppe „Alkoholkonsum reduzieren“ gegründet, die sich aus Vertreter_innen der Ärztevereinigung, Krankenkassen, Wissenschaft und Bundesregierung zusammensetzt. Obwohl die Industrie offiziell nicht mit eingebunden war, kannten die Lobbyverbände den aktuellen Stand der Verhandlungen und wirkten auf die Ministerien ein. Der DBB störte sich bereits am Titel der Arbeitsgruppe und forderte mehr Prävention statt einer Einschränkung beim Verkauf und Bewerbung von Alkohol. Die Industrienähe der Ministerien belegten Recherchen, die zeigten, dass die Bundesministerien regelmäßig Maßnahmen blockierten, welche den Alkoholkonsum nachweislich effektiv reduzieren.^[48] Die Arbeitsgruppe kam über Jahre hinweg nicht voran und viele Gesundheitsexperten zeigten sich frustriert. Ende 2017 fand die letzte Sitzung der Arbeitsgruppe statt und die Arbeit wurde ergebnislos eingestellt.^[12]

"Ausführungen zu den Themen Werbung, Preisgestaltung und Verfügbarkeit sind in diese Fassung des Gesundheitsziels ‚Alkoholkonsum reduzieren‘ noch nicht aufgenommen worden."
Zwischenbericht der Arbeitsgruppe 2015.^[49]

Mitgliedschaften

Der DBB ist selbst Mitglied in insgesamt 9 weiteren Interessenverbänden:^[8]

- Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie
- Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement
- Europäische Bewegung Deutschland
- [Lebensmittelverband Deutschland](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft e.V.
- Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e.V.
- The Brewers of Europe

The Brewers of Europe

The Brewers of Europe ist der zentrale Interessenverband der europäischen Bierindustrie, der sich aus 29 nationalen Bierverbänden zusammensetzt. Der Verband sitzt direkt am europäischen Parlament in Brüssel und lobbyiert auf europäischer Ebene für die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder.^[50]

Laut eigenen Angaben im europäischen Lobbyregister gab The Brewers of Europe im Jahr 2021 zwischen 300.000 und 399.999 € für Lobbyarbeit aus und beschäftigte 4 Lobbyist_innen, die sich insgesamt mit 1,5 Vollzeitäquivalenten der Lobbyarbeit widmen.^[51]

European Foundation for Alcohol Research

2003 gründete der Verband die European Foundation for Alcohol Research (ERAB), die Stipendien an Forscher_innen vergab, welche zu den gesundheitlichen Folgen von Alkoholkonsum forschten. Das ERAB trat als unabhängiges Forschungsinstitut auf, obwohl es maßgeblich durch den europäischen Brauerverband mit einer halben Million Euro pro Jahr gefördert wurde. So wies das Institut eine Beeinflussung der Studienergebnisse durch die Interessen der Sponsoren stets zurück. Gleichzeitig vertrat es jedoch öffentlichkeitswirksam die mittlerweile widerlegte These, dass kleine Mengen Alkohol gesundheitsförderlich seien.^[52]

Im Jahr 2022 wurde das Institut geschlossen.^[53]

EP Beer Club

The Brewers of Europe organisieren und finanzieren den 1995 gegründeten European Parliament Beer Club, ein informelles Netzwerk von über 100 EU-Abgeordneten. Erklärtes Ziel ist die Unterstützung und Anerkennung der positiven Rolle des Bieres und des Bierbrauens in Europa, wobei die Verantwortung bezüglich der negativen Folgen keinerlei Erwähnung in den selbstgesteckten Zielen finden.^[54] Ehemalige Präsidentin des EP Beer Clubs war Renate Sommer, ebenfalls Botschafterin des Bieres 2012.^[55]

European Alcohol and Health Forum

The Brewers of Europe war ebenfalls am European Alcohol and Health Forum beteiligt, welches 2006 gegründet wurde um die europäische Alkoholstrategie umzusetzen. Es sollte als Forum für Gesundheitsexpert_innen, NGOs und Alkoholindustrievertreter_innen dienen, um die alkoholbedingten gesellschaftlichen Schäden zu reduzieren. 2015 kündigte der Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Andriukaitis an, dass für die 2012 ausgelaufene Alkoholstrategie keine Neuauflage geplant wäre. Infolgedessen traten über 20 Gesundheits-NGOs aus Protest aus dem Forum aus. Sie kritisierten neben der blockierenden Haltung der Alkoholindustrie und der unzureichenden Problematisierung der alkoholbedingten Schäden vor allem die fehlende Wirksamkeit der beschlossenen Maßnahmen.^[56]

Zitate

„Bundesminister Peter Altmaier verbindet seine öffentlichen Auftritte dabei auch immer mit privaten Elementen, wenn er z.B. seine französische Amtskollegin zu sich nach Hause einlädt oder mit Diskussionsteilnehmern anschließend ein gepflegtes Bier trinkt – das ist doch einfach toll.“ Meldung des DBB zum Botschafter des Bieres Peter Altmaier.^[40]

Weiterführende Informationen

- heute-show spezial vom 23. August 2024: Alkohol - Bier sind das Volk!
- Bayrischer Rundfunk: "Volksdroge Alkohol - Warum dürfen wir uns zu Tode trinken", Doku vom 10.01.2019, abgerufen am 31.08.2023
- Blasberg, Marian und Roman Pletter: „Alkohol: Die Gesetzeshüter“, DIE ZEIT vom 14.05.2009, abgerufen am 27.06.2016
- Meyer, Frank: „Der Gegenwind ist stark“, Interview mit Sabine Bätzing, Deutschlandradio Radiofeuilleton vom 30.08.2011, abgerufen am 12.10.2013
- Dimirci, Katja und Sebastian Leber: "Wieso hat der Alkohol dieses Land so fest im Griff", Tagesspiegel vom 16.07.2023, abgerufen am 31.08.2023
- Wim van Dalen: "Die sieben Schlüsselbotschaften der Alkoholindustrie", European Centre for Monitoring Alcohol Marketing (Hrsg.) von Juni 2021, abgerufen am 31.08.2023
- Maria Fiedler: "Die Strategien der Lobbyisten des Lasters", Tagesspiegel vom 30.06.2018, abgerufen am 31.08.2023

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Satzung](#) brauer-bund.de, abgerufen am 04.08.2023
2. ↑ [Interessenvertretung: Die Strategien der Lobbyisten des Lasters](#), Tagesspiegel, abgerufen am 30.08.2023
3. ↑ [Präsidium](#), brauer-bund.de, abgerufen am 31.08.2023
4. ↑ [Mitglieder](#), brauer-bund.de, abgerufen am 04.08.2023
5. ↑ ^{5,05,1} [Geschäftsführung](#), brauer-bund.de, abgerufen am 04.08.2023
6. ↑ [Gewinn- und Verlustrechnung DBB 2022](#), Deutsches Lobbyregister, abgerufen am 30.08.2023
7. ↑ [Informationsbroschüre "Interessensvertretung"](#), DBB (Hrsg.), Juni 2013, abgerufen am 27.06.2016
8. ↑ ^{8,08,1} [Lobbyregistereintrag DBB](#), Deutsches Lobbyregister, zuletzt abgerufen am 06.09.2024
9. ↑ [EU-Transparenzregistereintrag DBB 2022](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 30.08.2023
10. ↑ [Informationsbroschüre "Interessensvertretung"](#), DBB (Hrsg.), Juni 2013, abgerufen am 27.06.2016
11. ↑ [Alkohol - Die geschützte Droge](#) Deutschlandfunk, abgerufen am 04.08.2023
12. ↑ ^{12,012,1} [Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE](#), Deutscher Bundestag, abgerufen am 30.08.2023
13. ↑ ["Kleine Brauereien brauchen eine Stimme"](#), getraenke-news.de, abgerufen am 30.08.2023
14. ↑ [MdB Lisa Badum – „Biersteuermengengestaffel – Ampel entlastet Brauereien“](#), wiesentbote.de, abgerufen am 30.08.2023
15. ↑ ^{15,015,1} [Braucher zeichnen "Botschafter des Bieres" aus](#), brauer-bund.de, abgerufen am 30.08.2023
16. ↑ [Braucher zeichnen "Botschafter des Bieres" aus](#) www.brauer-bund.de vom 28.06.2024, abgerufen am 12.07.2024
17. ↑ [Süffige Verbindung](#), Weser Kurier, abgerufen am 30.08.2023
18. ↑ [Der Bierfreund des Prinzen von Preußen](#), Spiegel Online, abgerufen 30.08.2023
19. ↑ ^{19,019,119,2} [Lobbyregistereintrag Deutsches Institut für Reines Bier e.V. 2022](#), Deutsches Lobbyregister, abgerufen am 16.04.2025
20. ↑ ^{20,020,1} [Hauptgeschäftsführer des Deutschen Brauer-Bundes geehrt](#), verbaende.com, abgerufen am 30.08.2023
21. ↑ [Dem reinen Bier verpflichtet: Michael Kießling hat ein neues Ehrenamt](#) Landsberger Tageblatt vom 30.06.2025, abgerufen am 22.01.2026
22. ↑ [Bonner Kulisse](#), Zeit Online, abgerufen am 30.08.2023
23. ↑ [Reinheitsgebot für deutsches Bier zum immateriellen Weltkulturerbe erklären](#), lifepr.de, abgerufen am 30.08.2023
24. ↑ [Reinheitsgebot - Ein Reinfall für die Ewigkeit?](#), mixology.eu, abgerufen am 31.08.2023
25. ↑ [Handwerkliches Bierbrauen](#), Unesco.de, abgerufen am 31.08.2023
26. ↑ [Von der UNESCO anerkannt: Handwerkliches Bierbrauen wird in Deutschland immaterielles Weltkulturerbe](#), blog.brunnenbraeu.eu, abgerufen am 31.08.2023
27. ↑ [Lobbyregistereintrag FORUM BIER e.V. 2022](#), Deutsches Lobbyregister, abgerufen am 30.08.2023
28. ↑ [300 Gäste beim Parlamentarischen Abend von DBB und Forum Bier](#), about-drinks.com, abgerufen am 30.08.2023

29. ↑ [Landgericht Berlin: Keine Werbung für positive gesundheitsbezogene Wirkungen von Bier](#), berlin.de, abgerufen am 30.08.2023
30. ↑ ^{30,030,1} [Unser Bier - Bewusster Genuss](#), bierbewusstgeniessen.de, abgerufen am 30.08.2023
31. ↑ [Informationsbroschüre "Fakten zur Alkoholpolitik"](#), DBB (Hrsg.), April 2008, abgerufen am 27.06.2016
32. ↑ [Lobbyregistereintrag DBB](#), Deutsches Lobbyregister, zuletzt abgerufen am 06.09.2024
33. ↑ [Alkoholabhängigkeit](#), dhs.de, abgerufen am 30.08.2023
34. ↑ [Auch moderater Alkoholkonsum schadet der Gesundheit](#), Tagesspiegel, abgerufen am 30.08.2023
35. ↑ [Verhaltensregeln des Deutschen Werberats](#), werberat.de, abgerufen am 30.08.2023
36. ↑ [Verantwortung](#), brauer-bund.de, abgerufen am 30.08.2023
37. ↑ [Warum hat der Alkohol dieses Land so fest im Griff?](#) Tagesspiegel vom 16.07.2023, abgerufen am 30.08.2023
38. ↑ ^{38,038,1} [Fußball und Bier - Perfekte Partner](#), sportschau.de, abgerufen am 30.08.2023
39. ↑ ^{39,039,139,239,3} [Alkohol: Die Gesetzeshüter](#), ZEIT online vom 14.05.2009, abgerufen am 27.06.2016
40. ↑ ^{40,040,1} [Botschafter des Bieres seit 2002](#), Webseite des DBB, abgerufen am 04.02.2026
41. ↑ [Deutsches Bier hat ein neues Gesicht – EU-Abgeordnete Sommer ist Botschafterin des Bieres 2012](#), Pressemitteilung des DBB vom 13.06.2013, abgerufen am 27.06.2016
42. ↑ [Volker Kauder ist Botschafter des Bieres 2010](#), Pressemitteilung des DBB vom 22.04.2010, abgerufen am 27.06.2016
43. ↑ [Ina Müller ist Botschafterin des Bieres 2011 und Volker Kauder wurde im Amt bestätigt](#), Pressemitteilung des DBB vom 29.06.2011, abgerufen am 27.06.2016
44. ↑ [Volker Kauder: Täglich zwei, drei Weizen – das muss einfach sein!](#), Stuttgarter Zeitung, abgerufen am 04.08.2023
45. ↑ [„Empfehlungen des Drogen- und Suchtrates an die Drogenbeauftragte der Bundesregierung für ein Nationales Aktionsprogramm zur Alkoholprävention“](#), Fassung vom 09.06.2008. Der Drogen- und Suchtrat ist ein beratendes Gremium der Drogenbeauftragten des Gesundheitsministeriums, von Dezember 2005 bis Oktober 2009 war das Sabine Bätzing (SPD).
46. ↑ [Hüllingshorst, Rolf: "Alkohol – der Kampf um die Attribute" in: Bundeszentrale für politische Bildung \(Hrsg.\), APuZ 28/2008, S. 35.](#)
47. ↑ [Informationsbroschüre "Fakten zur Alkoholpolitik"](#), DBB (Hrsg.), April 2008, abgerufen am 27.06.2016
48. ↑ [Wie die Alkoholindustrie uns dazu bringt, immer weiter zu trinken](#), Correctiv.org, abgerufen am 31.08.23
49. ↑ [Nationales Gesundheitsziel "Alkoholkonsum reduzieren"](#), gvg.org, abgerufen am 31.08.2023
50. ↑ [About Us](#), brewersofeurope.org, abgerufen am 31.08.2023
51. ↑ [EU-Transparenzregister The Brewers of Europe](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 31.08.2023
52. ↑ [Wie die Alkohol-Lobby die Politik einlullt](#), Spiegel Online, abgerufen am 31.08.2023
53. ↑ [Startseite](#), erab.org, abgerufen am 31.08.2023
54. ↑ [About the EP Beer Club](#), epbeerclub.eu, abgerufen am 31.08.2023
55. ↑ [CDU-Politikerin Renate Sommer ist neue Präsidentin des EP Beer Club](#), about-drinks.com, abgerufen am 31.08.2023
56. ↑ [NGO Resignation Briefing Document](#), epha.org, abgerufen am 31.08.2023

Sigmar Gabriel

Sigmar Hartmut Gabriel (* 12. September 1959 in Goslar) ist ein ehemaliger deutscher Politiker, Vizekanzler, Bundesumwelt-, Wirtschafts-, sowie Außenminister ([SPD](#)). Nach seiner politischen Laufbahn wurde Gabriel als Berater und Lobbyist tätig. Dort stellt er sein politisches Know-How und seine Netzwerke in den Dienst diverser Akteure aus Industrie und Bankwesen, sowie politischer Strategiebüros und Denkfabriken.

Bereits in seiner Funktion als Bundeswirtschaftsminister haben seine Entscheidungen für Kontroversen gesorgt, darunter die Ministererlaubnis für die vom Kartellamt untersagte Edeka-Tengelmann Fusion. In seiner Zeit als Bundesumweltminister galt er als wirtschaftsnah, so dass Umweltexperten wie Wolfhart Dürschmidt und Abgeordnete, wie Marco Bülow „den Anfang vom Ende einer erfolgreichen Klimaschutzpolitik in Deutschland mit dem Amtseintritt von Sigmar Gabriel als Bundesumweltminister 2005“ datieren.^[1]



Sigmar Gabriel (2018)

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Durch seine lange Tätigkeit in politischen Funktionen hat der Minister a.D. ein breites Netzwerk an Kontakten. Dieses ist für Akteure aus der Privatwirtschaft attraktiv um ihren Belangen Gehör in Regierungskreisen verschaffen. Für sein Auftreten nach Amtsausstieg geriet Gabriel wiederholt in die Kritik: Für Beratertätigkeiten, wie etwa für die Tönnies Holding^[2]; wegen seines nach Karriereende kurzfristigen [Seitenwechsels](#) zur [Deutschen Bank](#)^[3]; oder aufgrund seiner Auftritte bei intransparenten Abendessen gemeinsam mit Mandats- träger:innen und Vertreter:innen der Rüstungs- und Automobilindustrie.^[4] Im Mai 2025 soll Gabriel in den Aufsichtsrat des Rüstungskonzerns Rheinmetall gewählt werden.^[5]

Gabriels zahlreiche [Seitenwechsel](#) zeigen die Notwendigkeit einer starken [Karenzzeitregelung](#).^[6]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	14
1.1 Tätigkeiten für die Wirtschaft	14
1.2 Politische Laufbahn	15

1.3 Akademischer Werdegang	15
2 Lobbytätigkeiten nach Politikausstieg	15
2.1 2024/2025: Rheinmetall	15
2.2 2022: thyssenkrupp	15
2.3 2020: Deutsche Bank	15
2.4 2020: Tönnies Holding	16
2.5 2020: Siemens	17
3 Kontroversen während der politischer Laufbahn	17
3.1 2015-2017: Treffen mit Gazprom und der Nord Stream AG	17
3.2 2015: Abmilderung der Klimaabgabe	18
3.3 2015: Edeka-Tengelmann Fusion	18
3.4 2014: CETA-Kontroverse um private Schiedsgerichte	19
3.5 2003: VW - Affäre	19
4 Zitate	20
5 Weiterführende Informationen	20
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
7 Einzelnachweise	20

Karriere

Tätigkeiten für die Wirtschaft

- Im Mai 2025 soll Gabriel in den Aufsichtsrat von Rheinmetall gewählt werden.^[7]
- seit 02/2022 Geopolitischer Berater bei der [Brunswick Group](#)^[8]
- seit 2020 Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy^[9]
- seit 05/2020 Mitglied des Aufsichtsrats und des Integritätsausschusses im Aufsichtsrat der [Deutschen Bank](#)^[10]
- seit 2019 „Senior Advisor“ beim Politikberatungsunternehmen [Eurasia Group](#)^[11]
- 04/2022-08/2024 Aufsichtsratsvorsitzender von [Thyssenkrupp Steel Europe](#)^[12]
- 02/2020-05/2020 Berater für die [Tönnies Holding](#)^[13]
- seit 05/2019 Schirmherr des Arbeitgebersiegels "TOP JOB" vom Zentrum für Arbeitgeberattraktivität (Zeag GmbH) ^[14]
- seit 03/2019 Mitglied im Beirat vom Wirtschaftsprüfungsunternehmen [Deloitte](#)^[15]
- 06/2018-03/2020 Publizistische Tätigkeit für die [Holtzbrinck-Verlagsgruppe](#)^[16]
- seit 2018 Gesellschafter des Berliner Beratungsunternehmens [VIB – International Strategy Group](#)^[17]
- seit Mai 2018 Mitglied des Kuratoriums der [International Crisis Group](#)^[18]
- 2003-2004 Geschäftsführer und Gesellschafter der Communication, Network, Service GbR CoNeS), welche die Volkswagen AG zur europäischen Industriepolitik beriet. Zu dieser Zeit war Gabriel Fraktionsvorsitzender der SPD im Niedersächsischen Landtag^[19]

Politische Laufbahn

- seit 2019 Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)^[20] und Mitglied der [Trilateralen Kommission](#)^[21] sowie des [European Council on Foreign Relations](#)^[22]
- 2017-2018 Bundesminister des Auswärtigen
- 2013-2017 Bundesminister für Wirtschaft und Energie
- 2009-2017 SPD Bundesvorsitzender
- 2005-2009 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- 2003-2005 Stellvertretender Vorsitzender der SPD Niedersachsen, sowie Amt des *Beauftragten für Popkultur und Popdiskurs der SPD*
- 1999-2003 Ministerpräsident Niedersachsen
- 1977-1999 Kommunal- und Landespolitik Niedersachsen
- 1976-1987 Jugendfunktionär bei den Falken

Akademischer Werdegang

- 1989 Abschluss des Referendariats mit dem zweiten Staatsexamen
- 1987 Abschluss mit dem ersten Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien
- 1982-1987 Studium der Fächer Germanistik, Politik und Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen
- 1979-1981 Soldat auf Zeit (letzter Dienstgrad Obergefreiter) in einer Radareinheit der Luftwaffe
- 1979 Abitur
- 1976 Mittlere Reife

Lobytätigkeiten nach Politikausstieg

2024/2025: Rheinmetall

Gabriel wurde für den Aufsichtsrat nominiert. Im Mai 2025 soll die Hauptversammlung dies bestätigen.^[23]

2022: thyssenkrupp

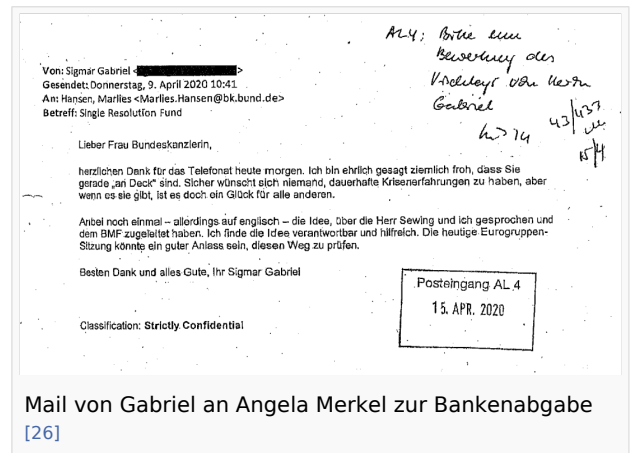
Am 7. April 2022 wurde Gabriel zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates beim Stahlkonzern [thyssenkrupp Steel Europe AG](#) gewählt.^[24]

Am selben Tag telefonierte er mit Jörg Kukies, dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Thema: „ThyssenKrupp/Herrenknecht“. Bei weiteren sechs Telefonaten und einem Treffen ging es um die Stahlindustrie, Grünen Stahl, den EU-Emissionshandel, Stahlindustrie-Wiederaufbau in der Ukraine und Energiekosten in Deutschland. Bei zwei Treffen mit Bundeskanzler Scholz im Juli und Dezember 2022 wurde „allgemeiner Austausch“ vermerkt, genauso beim Treffen mit Bundesminister Habeck im Dezember 2022. Ein Telefonat mit Staatssekretär Udo Philipp (BMWK) im April 2023 hatte „Beihilfen des Bundes für Thyssenkrupp Steel Europe AG“ zum Thema.^[25]

Am 29.08.2024 hat Sigmar Gabriel mitgeteilt, dass er sein Mandat als Vorsitzender des Aufsichtsrats der thyssenkrupp Steel Europe AG fristgerecht niedergelegt hat und aus dem Aufsichtsrat ausscheiden wird.

2020: Deutsche Bank

2020 wurde Gabriel Mitglied des Aufsichtsrats sowie des Integritätsausschusses des Aufsichtsrats der **Deutschen Bank**. Diese steht seit Jahren in der Kritik für ihre z.T. riskanten und unsauberen Geschäftspraktiken und hat in diesem Kontext seit 2012 in Europa und in den USA weit mehr als zehn Milliarden Euro an Schadenersatz und Strafen zahlen müssen. Gabriels eigentliche Rolle im Aufsichtsrat ist es zu überwachen, ob der Vorstand sich an alle geltenden Gesetze sowie bankinterne Regeln hält.^[27] Entgegen dieser eigentlich klar definierten Rolle, habe der Minister a.D. laut der Süddeutschen Zeitung jedoch ein „*falsches Amtsverständnis*“ zu Tage gelegt. Denn Gabriel habe laut Recherchen des Medienhauses im Kanzleramt dafür geworben, die sogenannte europaweite Bankenabgabe befristet auszusetzen, um die deutsche Wirtschaft weiter mit Krediten versorgen zu können. Dem Schreiben lag eine Argumentationshilfe der Deutschen Bank bei, zu der Gabriel schrieb: „*Ich finde die Idee verantwortlich und hilfreich*“.^[28] Nach Auffassung von SZ-Autorin Meike Schreiber belege dieses Vorgehen die Lobbytätigkeit des Ex-Ministers für den Konzern, ein Agieren, für das er nicht offiziell angestellt wurde.^[29] Gabriel erhält jährlich 166.000 Euro als Aufsichtsrat bei der Deutschen Bank.^[26]



2020: Tönnies Holding

Für die **Tönnies Holding**, Deutschlands größtem Schlachtbetrieb für Schweine, war Gabriel von März bis Ende Mai 2020 als Berater tätig. Der Außenminister a.D. Gabriel wurde vom Unternehmen angestellt um seine Kontakte, insbesondere die aus dem chinesischen Raum zur Verfügung zu stellen. Dabei ging es auch um wertvolle Exportlizenzen.^[30] Für seine Beratertätigkeit erhielt Gabriel 10.000 Euro monatlich, zuzüglich eines vierstelligen Honorars je Reisetag.^[31]

Kritisch ist Gabriels Tätigkeit unter dem Aspekt, dass er schon zuvor in seiner Funktion als Wirtschaftsminister mit **Tönnies** zu tun hatte. Im Jahr 2015 hatte Gabriel die Arbeitsbedingungen in der Fleischverarbeitungsindustrie noch als „*Schande für Deutschland*“ bezeichnet. Infolgedessen wurde Gabriel persönlich von **Clemens Tönnies** durch den Firmenstandort in Rheda-Wiedenbrück geführt. Anschließend wurde von einer gesetzlichen Regulierung abgesehen. Lediglich eine freiwillige Selbstverpflichtung von **Tönnies** und einigen weiteren Unternehmen der Fleischindustrie kam zustande. Diese wurde parteiübergreifend als wirkungslos bezeichnet. Die F.A.Z berichtete in diesem Kontext über ein Schreiben des Firmenmitteigentümers **Robert Tönnies**, in dem er vor einem „*Imageschaden*“ für das Unternehmen warnt, da Gabriels Beratervertrag als „*nachträgliche Belohnung*“ für den Minister aufgefasst werden könnte.^[32] Gabriel beendete seinen Vertrag mit **Tönnies** Ende Mai 2020 mit der Begründung, er müsse sich einer komplizierten Operation unterziehen und könne deshalb die Tätigkeit nicht fortführen. Zu diesem Zeitpunkt stand die Fleischindustrie auch bereits wegen Corona-Ausbrüchen in der Kritik. Andere Beraterverträge kündigte Gabriel nicht.^[33]

2020: Siemens

Während seiner politischen Laufbahn hatten Gabriel und [Siemens](#) viele Berührungspunkte, seit 2020 sitzt er im Aufsichtsrat von Siemens Energy.^[34] Bereits im Jahr 2014 hatte sich Gabriel in seiner Rolle als Wirtschaftsminister für einen Teilverkauf von [Alstom](#) an [Siemens](#) stark gemacht.^[35] Obwohl dieser Deal damals nicht zustande kam, ist Gabriels Engagement in der Sache aus späterer Sicht interessant. Dieser wurde nach seinem Ausscheiden aus der Politik nämlich für den Verwaltungsrat des (erneut) geplanten Fusionsunternehmens Siemens-Alstom nominiert. Kritiker bemängelten dabei, dass Gabriels Unterstützung für den Siemens-Konzern bei der Vergabe des Postens eine Rolle gespielt haben könnte: Ob bei dem beschriebenen Fusionsdeal, oder etwa als der Konzern den größten Auftrag in seiner Geschichte mit der Lieferung von Kraftwerkstechnik nach Ägypten ergatterte und sich anschließend ausdrücklich bei Gabriel dafür bedankte - Gabriel und [Siemens](#) Chef [Joe Kaiser](#) standen damals in engem Kontakt.^[36] LobbyControl konstatierte damals, es gelte den Anschein zu vermeiden, dass sich [Siemens](#) bei Gabriel dankbar zeige: *"Der Ex-Minister sollte zumindest eine 18-monatige Karenzzeit einhalten"*.^[36] Nachdem die EU Kommission die Fusion der beiden Unternehmen untersagt hatte, war konsequenterweise auch Gabriels Aufsichtsratsposten vom Tisch.^[37] 2020 wurde er dann jedoch in den Aufsichtsrat der [Siemens](#) Tochter, Siemens-Energy, berufen.^[38]

Kontroversen während der politischer Laufbahn

2015-2017: Treffen mit Gazprom und der Nord Stream AG

Recherchen von Correctiv zufolge hat Gabriel eine zentrale Rolle dabei gespielt, die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas zu zementieren. So war dieser ein prominenter Gast beim [Deutsch-Russischen Rohstoff-Forum](#) und pflegte Beziehungen zum [Seitenwechsler Heino Wiese](#), dessen Karriere von der Landespolitik für die SPD zum russischen Honorarkonsul reichte. Dieser solle einmal über Gabriel gesagt haben: *"Den habe ich beim Thema Russland bearbeitet."*^[39] Eine Anfrage der Linken im Bundestag im Dezember 2017 hatte zudem ergeben, dass Wirtschaftsminister Gabriel sich im Zeitraum 2015-2017 insgesamt 16 mal mit Vertretern von [Gazprom](#) und der [Nord Stream AG](#) getroffen hatte.^[40] Konkret traf Gabriel als Bundeswirtschaftsminister sechs Mal auf den Gazprom-Chef [Alexej Miller](#), sieben Mal auf [Matthias Warnig](#), den Geschäftsführer der [Nord Stream 2 AG](#), und einmal auf [Gerhard Schröder](#).^[41] Bei einem Gespräch Gabriels mit Miller am 29. Oktober 2015 in Moskau war auch Putin anwesend, der sich für dieses Treffen außergewöhnlich viel Zeit genommen habe. Zwischen Warnig und Gabriel sind drei weitere Treffen für dessen Zeit als Außenminister dokumentiert.^[42] Zumeist soll es bei diesen Treffen um Nord Stream 2 und die Erweiterung der Pipeline gegangen sein. Das Projekt, welches 2022 aufgrund des russischen Angriffes auf die Ukraine gestoppt wurde, stand bereits 2014 aufgrund der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland unter heftiger Kritik. 2022 räumte Gabriel ein, dass man strategische Fehler gemacht habe und früher Energiezulieferverträge diversifizieren hätte müssen, um eine Abhängigkeit von russischem Gas zu vermeiden.^[43]

Diese Abhängigkeit hatte Gabriel - unter anderem mit der Absegnung eines folgenschweren Deals - besiegelt. Wie das Politmagazin "Monitor" berichtete, erhielt bei diesem Deal [BASF](#) Anteile an sibirischen Gasfeldern, während der russische Staatskonzern [Gazprom](#) die Kontrolle über das deutsche Gasunternehmen Wingas übernahm. Dieser Asset-Tausch wurde zwar aufgrund der Krim-Krise vorerst auf

Eis gelegt. Doch bereits ein Jahr nach der Krim-Annexion auf Drohungen des russischen Energieministers wieder aufgetaut. Auch eine persönliche Mail an Minister Gabriel des [BASF](#) Vorstandschefs [Kurt Bock](#) räumte Zweifel aus. Gabriel leistete Bocks Bitte Folge und vermerkte handschriftlich: *"Ich unterstütze den Antrag"*. Die Genehmigung wurde auf dem kurzen Dienstweg beschlossen und an den [BASF](#)-Chef per persönlichem Brief übermittelt. Darüber hinaus erteilte Gabriel für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe.^[44]

Das Recherchenetzwerk Correctiv zeigte sich gegenüber Gabriels Position irritiert: Entgegen der Forderungen aus Wirtschaft und Industrie hätten dem Ministerium zu diesem Zeitpunkt bereits Gutachten vorgelegen, deren Prognosen zeigten, dass die Übergabe der Kontrolle dieser Versorgungsstrukturen an Gazprom diesen *„Tür und Tor öffnet, das Land lahm zu legen“*. Die Folgen dieser selbst geschaffenen Abhängigkeit zeigten sich angesichts wachsender Spannungen mit dem autoritären Regime unter dem russischen Präsidenten Putin: Schon im Winter 2021/22 füllte der staatliche Gaskonzern Gazprom seine Speicher in Deutschland nicht ausreichend.^[45] Laut Correctiv war auch 2022 noch nicht transparent welche Konzernteile damals Teil des Tauschgeschäfts waren. Im Juli 2022 hielt das Wirtschaftsministerium noch wichtige Dokumente unter Verschluss, teils mit dem Verweis, dass vorerst Gazproms Interessen abgefragt werden müssten.^[46]

2015: Abmilderung der Klimaabgabe

2015 geriet der Wirtschaftsminister Gabriel in die Kritik für seine Entscheidung, die Klimaabgabe für alte Kohlekraftwerke abzumildern. Laut dieser Entscheidung sollten Kohlekraftwerke nur 16 Millionen Tonnen CO₂ bis zum Jahr 2020 einsparen, deutlich weniger als die zuvor geforderten 22 Millionen.^[47] Nachdem ein ambitionierter Aufschlag des Wirtschaftsministeriums von Vertretern der Kohleindustrie, sowie führenden CDU Politikern heftig kritisiert wurde, erklärte Gabriel das Instrument anzupassen. Greenpeace Experte Karsten Smidt kritisierte damals, dass die Kohle-Abgabe ohnehin nicht besonders ehrgeizig sei, sondern das absolute Minimum, um das 40-Prozent-Ziel zu schaffen: *"Wer diese Vorschläge verwässert, rüttelt am deutschen Klimaschutzziel"*^[48]. Obwohl auch Wissenschaftler:innen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gemahnt hatten an der Klimaabgabe festzuhalten, rückte Gabriel nach *"Widerstand von Energieversorgern, Gewerkschaften und Ländern mit Kohlekraftwerken"* letztlich von der Klimaabgabe ab.^[49]

2015: Edeka-Tengelmann Fusion

Im Fall Edeka-Tengelmann hatte Gabriel einen zuvor vom Kartellamt untersagten Verkauf von 450 [Tengelmann](#) Filialen an die [Edeka](#) per Ministererlaubnis genehmigt und wurde dafür scharf kritisiert. Insbesondere die [REWE Group](#) kritisierte damals das Vorgehen, da auch sie ein Angebot vorgelegt hatte, jedoch nicht berücksichtigt wurden und vom Minister keinen Gesprächstermin erhielt.^[50] Der Eigner von [Tengelmann](#) [Karl-Erivan Haub](#) hingegen hatte sich bereits frühzeitig und vehement für einen Termin bei Gabriel eingesetzt. Darüber hinaus war die Lobbyagentur [EUTOP](#) von [Edeka](#) beauftragt worden, sich in der Politik für eine Unterstützung der Fusion einzusetzen. Bei Kontakten zum [Bundeswirtschaftsministerium](#) kann sich [EUTOP](#) auf die Beziehungen ihres Geschäftsführers [Detlef Dauke](#) stützen, der bis Frühjahr 2015 Abteilungsleiter für Innovations-, IT- und Kommunikationspolitik im [BMW](#) war.^[24] Am 1. Dezember 2015 traf sich Gabriel nacheinander mit den Chefs von [Edeka](#) und Tengelmann– jedoch ohne Protokoll. Die Tagesschau bewertete diese Vorgänge als *„merkwürdig“*, da in der sonstigen Arbeit des Ministeriums das dokumentarische Protokollieren gang und gäbe gewesen sei.^[51]

Die Monopolkommission war nach genauer Prüfung des Sachverhalts schließlich zu dem Ergebnis gekommen, dass *"die mit dem Zusammenschlussvorhaben einhergehenden nachteiligen Wettbewerbsbeschränkungen nicht mit hinreichender Sicherheit durch Gemeinwohlvorteile ausgeglichen"* würden. Dies sei aber für die Erteilung der Ministererlaubnis notwendige Bedingung.^[52] Nach Klagen der Wettbewerber Norma, Markant und Rewe hob das Oberlandesgericht Düsseldorf 2016 die Ministererlaubnis auf – ihre Unrechtmäßigkeit wurde damit begründet, dass Gabriel „*geheime Gespräche*“ geführt habe und somit eine „*gleichmäßige Einbeziehung und Information aller Verfahrensbeteiligten*“ unterlassen habe.^[53] Erst durch das Einschreiten des Alt-Kanzlers [Gerhard Schröder](#) konnte ein Interessenausgleich geschaffen und somit die Klage gegen Gabriel fallen gelassen werden. Die umstrittene, zunächst als unrechtmäßige erklärte Ministererlaubnis wurde somit zuletzt doch bestandskräftig.^[54] Der damalige Vorsitzende der Monopolkommission bezeichnete die Übernahme von Tengelmann durch Edeka als die *"schlechteste aller denkbaren Varianten"*^[55] und trat aus Protest gegen Gabriels Vorgehen 2016 von seinem Posten zurück.^[52]

2014: CETA-Kontroverse um private Schiedsgerichte

Im November 2014, geriet Gabriel im Rahmen der Verhandlungen um das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Canada (CETA) in die Kritik, da er das Abkommen inklusive des sogenannten [Investorenschutzes durch private Schiedsgerichte](#) verabschieden wollte. Dieser Mechanismus wurde wenige Wochen zuvor in einem Positionspapier der SPD noch kritisiert.^[56] Auch Gabriel selbst hatte zuvor proklamiert, dass man Sondergerichte zwischen *"entwickelten Rechtsstaaten"* nicht brauche.^[57] Ein im Mai 2016 öffentlich gewordenes, inoffizielles Arbeitsdokument zeigt, dass das Wirtschaftsministerium durchweg an privaten Schiedsgerichten festgehalten hatte und sogar deren Ausbau anstrebte. Dies wurde von der Journalistin Petra Pinzler in der Zeit als „*Trickserei*“ kritisiert, da die öffentlichen Aussagen des Ministeriums nicht mit der internen Strategie übereinstimmten. Die Autorin setzte die Entscheidungen zur Förderung privater Schiedsgerichte mit der Lobbyarbeit großer Industrieverbände, wie z.B. [Business Europe](#) in Verbindung.^[58]

2003: VW - Affäre

2003, als Gabriel Fraktionsvorsitzender der SPD Niedersachsen war, hielt er Beteiligungen an dem Beratungsunternehmen Communication, Network, Service GbR (CoNeS). An der CoNeS war Gabriel zunächst mit 75 Prozent und später mit 25 Prozent beteiligt.^[59] Offiziell beriet Gabriel für CoNeS die [Volkswagen AG](#) zwischen Herbst 2003 und Ende 2004 in Fragen der europäischen Industriepolitik. CoNeS soll dafür zwischen 130 000 - 150 000 Euro erhalten haben.^[60] Laut einem Bericht der Welt wies das Betriebsergebnis 2004 für Gabriel einen Gewinnanteil aus der Beteiligung in Höhe von rund 27 000 Euro aus.^[61] Ende September 2004 beendete er das Engagement bei CoNeS und beteuerte keinen Cent aus dem Unternehmen erhalten zu haben.^[62] Eine Klage mit den Vorwürfen der *"Verschleierung einer illegalen Scheintätigkeit für VW, Meineid und ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung des niedersächsischen Landtages"*^[63], die zwei Jahre später gegen Gabriel aufgrund dieser Tätigkeit erhoben wurde, scheiterte an mangelnder Beweislage.^[64] Obgleich Gabriel rechtlich nicht belangt wurde, gab es an der Tätigkeit Kritik. So stellte der ehemalige niedersächsische Landtagspräsident Gansäuer die Frage zu der Affäre: „*Warum vergibt ein Weltkonzern einen hochdotierten Auftrag mit der Thematik ‚Europäische Industriepolitik an eine 2-Mann-Firma, die Gabriel gehört?‘*“^[65]

Zitate

"Meine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat von Rheinmetall soll als Beitrag dazu verstanden werden, offensiv mit der Notwendigkeit einer starken und leistungsfähigen Verteidigungsindustrie in Deutschland und Europa umzugehen" Die Bundeswehr müsse wieder verteidigungs- und damit kriegstauglich gemacht werden. ^[66]

Kurz nach seinem Ausscheiden als Außenminister und Vizekanzler im März 2018 hatte er gegenüber "Bild am Sonntag" erklärt^[67]

"Man soll nicht an Türen klopfen, hinter denen man selbst mal gegessen hat."

Weiterführende Informationen

Die Lobbyaktivitäten des Sigmar Gabriel, abgeordnetenwatch.de

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Götze & Joerres (2020): Die Klimaschutzlobby, EAN 978-3-492-31502-9, S.151
2. ↑ Sozialdemokrat Gabriel beriet Fleischmogul Tönnies, daserste.ndr.de vom 02.07.20, abgerufen am 12.07.2022
3. ↑ Gabriel fehlt das Fingerspitzengefühl, sueddeutsche.de vom 27.01.2020, abgerufen am 12.07.2022
4. ↑ Die Lobbyaktivitäten des Sigmar Gabriel, abgeordnetenwatch.de vom 10.10.2021, abgerufen am 12.07.2022
5. ↑ Gabriel kontrolliert bald Panzer, sueddeutsche.de vom 06.12.2024, abgerufen am 07.12.2024
6. ↑ Lobbyreport 2021, S. 32f
7. ↑ Gabriel kontrolliert bald Panzer, sueddeutsche.de vom 06.12.2024, abgerufen am 07.12.2024
8. ↑ Gabriel berät für Brunswick., politik-kommunikation.de vom 14. Februar 2022, abgerufen am 13.09.2022
9. ↑ Siemens Energy Aufsichtsratsmitglieder, siemens-energy.com, abgerufen am 13.09.2022
10. ↑ Sigmar Gabriel wird Aufsichtsrat der Deutschen Bank sueddeutsche.de vom 24.01.2020, abgerufen am 13.09.2022
11. ↑ Sigmar Gabriel nimmt Job bei US-Beratungsunternehmen an. zeit.de vom 12.11.2019, abgerufen am 13.09.2022
12. ↑ Gabriel wird neuer Aufsichtsratschef von Thyssenkrupp Steel Europe. faz.net vom 7. April 2022, abgerufen am 13.09.2022
13. ↑ Sigmar Gabriels Beratertätigkeit bei Tönnies entsetzt SPD. spiegel.de vom 02.06.2020, abgerufen am 13.09.2022

14. ↑ [Sigmar Gabriel wird Schirmherr des Arbeitgebersiegels "Top Job"](#) topjob.de vom 06.05.2019, abgerufen am 13.09.2022
15. ↑ [Ex-Minister Gabriel hat neuen Nebenjob.](#) spiegel.de vom 27.03.2019, abgerufen am 13.09.2022
16. ↑ [Wechsel zu Holtzbrinck: Sigmar Gabriel wird Journalist](#) faz.net vom 27.06.2018, abgerufen am 13.09.2022
17. ↑ [Faymann und Sigmar Gabriel starten gemeinsame Firma.](#) kurier.at vom 07.11.2018, abgerufen am 13.09.2022
18. ↑ [Gabriel übernimmt Posten in Denkfabrik für Krisenbewältigung.](#) wiwo.de vom 25.05.2018, abgerufen am 13.09.2022
19. ↑ [VW Affäre - Strafanzeige gegen Minister Gabriel](#) welt.de vom 24.11.2005, abgerufen am 13.09.2022
20. ↑ [Vorstandsmitglieder](#) atlantik-bruecke.org, abgerufen am 13.09.2022
21. ↑ [Trilateral Commission Membership List.](#) http://trilateral.org, abgerufen am 13.09.2022
22. ↑ [ECFR Council Membership.](#) ecfr.eu, abgerufen am 13.09.2022
23. ↑ [sigmar-gabriel-spd-aufsichtsrat-rheinmetall](#) zeit.de vom 05.12.2024, abgerufen am 11.12.2024
24. ↑ [Sigmar Gabriel zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt,](#) thyssenkrupp.com vom 07.04.2022, abgerufen am 15.11.2023
25. ↑ [Wie S. Gabriel einem Milliardenkonzern die Tür zur Bundesregierung öffnete,](#) abgeordnetenwatch.de vom 29.09.2023, abgerufen am 15.11.2023
26. ↑ ^{26,026,1} [Sigmar Gabriel lobbyierte bei Merkel für die Deutsche Bank](#) abgeordnetenwatch.de vom 07.09.2021, abgerufen am 14.09.2022
27. ↑ [Gabriel fehlt das Fingerspitzengefühl](#) sueddeutsche.de vom 27.01.2020, abgerufen am 14.09.2022
28. ↑ [Sigmar Gabriel lobbyierte bei Merkel für die Deutsche Bank](#) abgeordnetenwatch.de vom 07.09.2021, abgerufen am 14.09.2022
29. ↑ [Falsches Amtsverständnis](#) sueddeutsche.de vom 09.09.2021, abgerufen am 14.09.2022
30. ↑ [Die Kunst des Ausschachtens](#) faz.net vom 02.07.2020, abgerufen am 14.09.2022
31. ↑ [Sozialdemokrat Gabriel beriet Fleischmogul Tönnies](#) daserste.ndr.de vom 02.07.2020, abgerufen am 14.09.2022
32. ↑ [Die Kunst des Ausschachtens](#) faz.net vom 02.07.2020, abgerufen am 14.09.2022
33. ↑ [Gabriels Geschäfte](#) spiegel.de vom 02.07.2020, abgerufen am 14.09.2022
34. ↑ [Supervisory Board of Siemens Energy AG](#) siemens-energy.com, abgerufen am 06.10.2022
35. ↑ [Viel Kritik an Sigmar Gabriels Wirtschaftsjob](#) rundschau-online.de vom 17.05.2018, abgerufen am 13.09.2022
36. ↑ ^{36,036,1} [Gabriels streitbarer Seitenechsel](#) welt.de, vom 16.05.2018, abgerufen am 06.10.2020
37. ↑ [EU Kommission untersagt Zug-Fusion](#) tageschau.de vom 10.05.2019, abgerufen am 06.10.2020
38. ↑ [Ex-SPD-Chef Gabriel wird Aufsichtsrat von Siemens Energy](#) boersen-zeitung.de, vom 27.05.2020, abgerufen am 06.10.2022
39. ↑ [Die Gazprom Lobby](#) correctiv.org vom 20.09.2022, abgerufen am 07.10.2022
40. ↑ [Die Fehler des Sigmar Gabriel](#) welt.de vom 20.04.2022, abgerufen am 13.09.2022
41. ↑ [Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream](#) dserver.bundestag.de vom 15.12.17, abgerufen am 13.09.2022
42. ↑ [Wenn der Gasmann zweimal klingelt](#) zeit.de vom 10.02.22, abgerufen am 13.09.2022
43. ↑ [Sigmar Gabriel räumt Fehler bei Nord Stream 2 ein](#) br.de vom 19.04.22, abgerufen am 13.09.2022
44. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 13.09.2022
45. ↑ [Gazprom-Gasspeicher leerer als Anfang November](#) t-online.de vom 11.12.2021, abgerufen am 11.10.2022

46. ↑ [Bundesregierung stützte Übergabe der deutschen Gasspeicher an Gazprom mit 1,8 Milliarden Euro](#) correctiv.org vom 30.06.2022, abgerufen am 13.09.2022
47. ↑ [Gabriel kommt Kohle-Lobby entgegen](#). In: [www.fr.de](#) vom 18.05.2015, abgerufen am 13.09.2022
48. ↑ [Gabriel bessert bei Kohle-Abgabe nach](#) nordkurier.de, vom 24.04.2015, abgerufen am 06.10.2022
49. ↑ [Gabriels Kohleabgabe ist vom Tisch](#) stuttgarter-zeitung.de, vom 25.06.2015, abgerufen am 06.10.2022
50. ↑ [Kommentar: Minister mussten schon für weniger gehen](#). tagesschau.de. vom 12.07.2016, abgerufen am 13.09.2022
51. ↑ [Gabriel und die Merkwürdigkeiten](#) tagesschau.de vom 15.07.2016, abgerufen am 13.09.2022
52. ↑ ^{52,052,1} [Rücktritt des Vorsitzenden der Monopolkommission wegen Ministererlaubnis für Edeka /Kaiser's Tengelmann](#) spiegel.de vom 17.03.2016, abgerufen am 14.09.2022
53. ↑ [Ministererlaubnis für Kaiser's-Tengelmann-Übernahme gestoppt](#). tagesschau.de vom 12.07.2016, abgerufen am 13.09.2022
54. ↑ [Schröder bekommt Kaiser's-Schlichtung hin](#). n-tv.de vom 31.10.2016, abgerufen am 13.09.2022
55. ↑ [Kartellexperte zerpfückt Gabriels Edeka-Kurs](#) spiegel.de vom 30.07.2016, abgerufen am 13.09.2022
56. ↑ [Ceta-Abkommen: Gabriel kanzelt Freihandelskritiker ab](#). spiegel.de vom 27.11.2014, abgerufen am 13.09.2022
57. ↑ [Bundesregierung trickst bei Schiedsgerichten](#) zeit.de vom 18.05.2016, abgerufen am 13.09.2022
58. ↑ [Also doch Sonderrechte](#) zeit.de vom 25.05.2016, abgerufen am 13.09.2022
59. ↑ [VW Affäre - Strafanzeige gegen Minister Gabriel](#) welt.de vom 24.11.2005, abgerufen am 13.09.2022
60. ↑ [Gabriel räumt Fehler ein](#) nwzonline.de vom 09.02.2005, abgerufen am 13.09.2022
61. ↑ [VW Affäre - Strafanzeige gegen Minister Gabriel](#) welt.de vom 24.11.2005, abgerufen am 13.09.2022
62. ↑ [Auch Sigmar Gabriel stand geschäftlich in Beziehung zu VW](#) spiegel.de vom 03.02.2005, abgerufen am 13.09.2022
63. ↑ [Gabriel aus dem Schneider](#), focus.de vom 12.11.2013, abgerufen am 06.10.2022
64. ↑ [VW Affäre - Strafanzeige gegen Minister Gabriel](#) welt.de vom 24.11.2005, abgerufen am 13.09.2022
65. ↑ [Gabriel wollte mehr](#) focus.de vom 27.03.2016, abgerufen am 13.09.2022
66. ↑ [sigmar-gabriel-spd-aufsichtsrat-rheinmetall](#) zeit.de vom 05.12.2024, abgerufen am 11.12.2024
67. ↑ [Gabriel will nicht Lobbyist werden](#) faz.net vom 19.03.2018, abgerufen am 14.09.2022

Wolfgang Clement

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Wolfgang Clement (* 7. Juli 1940 in Bochum; † 27. September 2020 in Bonn) war Repräsentant der Unternehmerorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), ab 2006 Lobbyist und Mitglied in Aufsichts- oder Beratungsgremien verschiedener Unternehmen, Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), SPD-Politiker, NRW-Ministerpräsident und Bundeswirtschaftsminister in der Regierung [Gerhard Schröder](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	23
1.1 (Neben-)Beruflich	23
1.2 Partei/ staatliche Mandate und Ämter	24
2 Verbindungen	24
2.1 Seitenwechsel	24
3 Zitate	25
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
5 Einzelnachweise	26

Karriere

(Neben-)Beruflich

- 2006-2016 Mitglied im Aufsichtsrat der DIS Deutscher Industrie Service AG^[1]
- seit 01/2016 Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) ^[2]
- 2014 Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)^[3]
- seit 07/2012 Vorsitzender des [INSM-Kuratoriums](#)^[4]
- seit 07/2011 Aufsichtsratsmitglied der Deutsche Wohnen AG^[5]
- seit 01/2011 Mitglied des Stiftungsrats der Dussmann-Gruppe^[6]
- seit 2009 Aufsichtsratsmitglied des russischen Beratungsunternehmens Energy Consulting^[7], der Investmentgesellschaft [Lahnstein Middelhoff & Partners LLP](#), Werbefigur der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
- seit 2008 Vorsitzender des Beirats der [PKS Kommunikations- und Strategieberatung GmbH](#) (frühere Bezeichnung: PKS Wirtschafts- und Politikberatung GmbH)
- Ehrenvorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des [Frankfurter Zukunftsrats](#)^[8]
- Mitglied des Beirats der [Rudolph Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH \(RSBK\)](#)^[9]
- seit 2008 Aufsichtsratsmitglied der Versatel AG^[10] und der Daltrup & Söhne AG^[11], Vorsitzender des EU-Russland-Forums^[7]
- seit 2006 Vorstandsvorsitzender der Denkfabrik [Adecco Institut zur Erforschung der Arbeit](#)^[12], der Landau Media AG^[13], Beiratsmitglied bei Wolters Kluwer Germany^[14]
- seit 2011 Mitglied des Stiftungsrats der Peter Dussmann-Stiftung^[15]
- 2006 - 2016 Mitglied im Aufsichtsrat der [RWE Power AG](#)^[16]
- 2006 - 1/2009 Mitglied des Aufsichtsrats des Zeitungsverlags M. DuMont Schauberg^[17]
- 2006-2008 Mitglied der Lobbygruppe [Konvent für Deutschland \(KfD\)](#)
- seit 2005 Mitglied des Aufsichtsrats der Dussmann Verwaltungs AG^[18]
- 2000-2002 Kurator der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)^[19]
- bis 1992 Aufsichtsratsmitglied bei der RWE-Tochtergesellschaft Rheinbraun
- 1987-1989 Chefredakteur der Hamburger Morgenpost
- 1968-1981 politischer Redakteur, Ressortleiter und stv. Chefredakteur der Westfälischen Rundschau^[20]

Partei/ staatliche Mandate und Ämter

- 2008 Austritt aus der SPD
- 2002–2005 **Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit**
- 1999–2005 Stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender
- 1998–2002 **NRW-Ministerpräsident**
- 1996–2001 Stellvertretender SPD-Landesvorsitzender (NRW)
- 1995–1998 Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr (NRW)
- 1993–2002 NRW-Landtagsmitglied
- 1990–1995 Minister für besondere Aufgaben (NRW)
- 1989–1995 Chef der Staatskanzlei NRW
- 1985–1986 stellvertretender SPD-Bundesgeschäftsführer
- 1970 Eintritt in die SPD

Verbindungen

Weitere Funktionen: [BürgerKonvent](#), [Bonn Comm](#), Mentor des Mittelständler-Förderprojektes "Top Job – Die besten Arbeitgeber im deutschen Mittelstand".^[21]

Mit seinem Mitstreiter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Friedrich Merz](#) veröffentlichter er im April 2010 das Buch „Was jetzt zu tun ist. Deutschland 2.0“, das allerdings über den Tag hinaus kaum Beachtung fand.^[22]

Seitenwechsel

Nachdem Wolfgang Clement als Minister tiefgreifende Arbeitsmarktreformen vorgenommen hatte und in dieser Zeit die Leiharbeitsbranche in vielerlei Hinsicht begünstigte^[23], wechselte er nicht einmal ein Jahr nach Ende der rot-grünen Koalition in den Aufsichtsrat der Zeitarbeitsfirma [Deutsche Industrie Service AG \(DIS AG\)](#). Als diese vom schweizerischen Konkurrenten [Adecco](#) übernommen worden war, wurde er zum Vorsitzenden der firmeneigenen Denkfabrik [Adecco Institut zur Erforschung der Arbeit](#) berufen.^[24] Von 2006 bis 2008 war er zudem Mitglied im [Konvent für Deutschland \(KfD\)](#), einer elitären wirtschaftsnahen Lobbygruppe, die eine „Reform der Reformfähigkeit“ propagiert, mit dem Ziel eines schlanken und wettbewerbsorientierten Staates mit reduzierten Sozialsystemen.^[25]

2006 wurde Clement in den Aufsichtsrat der [RWE-Kraftwerkstochter RWE Power AG](#) gewählt.^[26] Als Wirtschaftsminister konnte er maßgeblichen Einfluss auf Regierungsbeschlüsse und Gesetze nehmen, die die Energiebranche und somit auch RWE betrafen; auffällig dabei war sein besonderer Einsatz für Kohlesubventionen^[27] „Ein Posten im Aufsichtsrat als Dank für besondere Verdienste?“, spekuliert die taz.^[28] Clement unterzeichnete im August 2010 den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby für eine AKW-Laufzeitverlängerung und fand die Kernkraft auch nach Fukushima gut.^[29]

Zudem sorgte Clement nach seiner Amtszeit für Wirbel, als er innerparteilich quer schoss indem er sich im Vorfeld der Landtagswahl in Hessen 2008 gegen eine Wahl der SPD-Spitzenkandidatin [Andrea Ypsilanti](#) aussprach; Ypsilanti steht Kohle- und Atomkraft ablehnend gegenüber. Daraufhin forderten einige Parteigenossen Clements Parteiaustritt: "Wolfgang Clement missbraucht seine frühere Führungsrolle in der SPD, indem er sie nun als bezahlter Lobbyist in klingende Münze umsetzt", zitiert Spiegel-Online Hermann

Scheer, damals SPD-Kandidat für das Amt des hessischen Wirtschafts- und Umweltministers.^[30]

Es gibt weitere Beigeschmäcke, denn bereits zu seiner Zeit als NRW-Ministerpräsident nährte sich der Verdacht, Clement würde in dieser Funktion bewusst im Interesse der Energiewirtschaft - speziell des RWE-Konzerns - handeln, als er sich Ende 1999 gegen die Ökosteuer stemmte, oder beispielsweise im Jahre 2000 die Genehmigung des umstrittenen Braunkohletagebaus Garzweiler II in seinen ministeriellen Verantwortungsbereich fiel. Davon profitierte die RWE-Tochtergesellschaft "Rheinbraun", bei der Clement bereits bis 1992 im Aufsichtsrat saß.^{[31][32]}

Clement leugnet seine Verbundenheit mit der Energiebranche nicht und sieht darin auch rückblickend keinen Interessenskonflikt mit seinen politischen Mandaten bzw. Ämtern: *„Ich habe vorher wie nachher schon seit 1990 - soll ich deshalb einem Berufsverbot unterliegen -, schon in den 90er Jahren für Garzweiler die Braunkohle gefochten. Das habe ich aber früher auch schon als Journalist getan und werde ich auch in Zukunft tun. Es zeigt sich, dass es richtig war.“*^[33]

Von Juni 2006 bis Januar 2009 war Clement Mitglied des Aufsichtsrats des viertgrößten deutschen Verlags M. DuMont Schauberg (Kölner Stadt-Anzeiger, Frankfurter Rundschau, Berliner Zeitung, Mitteldeutsche Zeitung)^[34] Clement hatte sich im Jahr 2003 mit aller Macht für eine Aufweichung der Pressefusionskontrolle eingesetzt, die es den Großverlagen erheblich erleichtert hätte, kleinere Verlage zu erwerben. Das Bundeskartellamt^[35], der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium^[36] und die Monopolkommission^[37] lehnten die Pläne ab, weil sie konzentrationsfördernd wirkten und die Pressevielfalt gefährdeten. Auch die CDU und die FDP-Landeswirtschaftsminister sahen in Clements Vorhaben eine Bedrohung der Pressevielfalt.^[38] Die öffentliche Kritik des Bundeskartellamtes als einer dem Wirtschaftsministerium nachgeordneten Behörde empörte Clement so sehr, dass er als einziger Wirtschaftsminister dem Amt keinen Antrittsbesuch abstattete. Dieses sah sich dem Schutz des Wettbewerbs verpflichtet und nicht seinem die Interessen der Großverlage bedienenden obersten Dienstherrn. Nachdem der Bundestag die Neufassung des Pressefusionsrechts im März 2005 beschlossen, der Bundesrat aber im April mit Unionsmehrheit dagegen votiert hatte, scheiterte das mehrfach modifizierte Vorhaben endgültig im Vermittlungsausschuss.

Zitate

„Ich werde übrigens noch mehrere Mandate wahrnehmen, damit ich das gleich deutlich hinzugefügt habe. [...] Da können sich manche Leute darüber das Maul zerreißen. Das wird mich nicht sonderlich beschäftigen.“^[39]

„[...] unnachgiebige Konsequenz gegenüber jenen ‚schwarzen Schafen‘, die sich Leistungen erschleichen wollen, das gehört auch zur Gerechtigkeit im Sozialstaat.“^[40]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Pressemitteilung der DIS AG](#), abgerufen am 17.05.2017
2. ↑ [Tobias Scholl: Mut und Lust auf die Gestaltung der Zukunft, elde Liberale Depesche 01/2016, S. 11](#), abgerufen am 05. 04. 2016
3. ↑ [Preisverleihung 2014](#), Website der Ludwig-Erhard-Stiftung, abgerufen am 17.05.2017
4. ↑ [Wolfgang Clement übernimmt Vorsitz des INSM-Kuratoriums](#), insm.de vom 04.07.2012, abgerufen am 06.07.2012
5. ↑ [Lebenslauf von Wolfgang Clement auf der Website der Deutsche Wohnen AG](#), abgerufen am 01.06.2017
6. ↑ [Der Stiftungsbeirat der Dussmann-Gruppe](#), dussmanngroup.com, abgerufen am 17.05.2017
7. ↑ ^{7,07,1} [Wolfgang Clement wird Energie-Berater in Russland](#), welt.de, abgerufen am 17.05.2017
8. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat des Frankfurter Zukunftsrats](#), frankfurter-zukunftsrat.de, abgerufen am 17.05.2017
9. ↑ [Beirat der Rudolph Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH](#), rsbk.de, abgerufen am 17.05.2017
10. ↑ [Dirk Niebel: Wenn Politiker die Seiten wechseln](#), sueddeutsche.de, abgerufen am 17.05.2017
11. ↑ [Aufsichtrat der Daltrup & Söhne AG](#), daltrup.eu, abgerufen am 17.05.2017
12. ↑ [Wie aus rot-grünen Politikern Lobbyisten wurden - Ab in die Wirtschaft](#), taz.de, abgerufen am 17.05.2017
13. ↑ [Beirat der Landau Media AG](#), landaumedia.de, abgerufen am 17.05.2017
14. ↑ [Minister „a.D.“ in die Wirtschaft](#) focus.de, abgerufen am 17.05.2017
15. ↑ <https://www.dussmanngroup.com/dussmann-group/stiftungsrat/>, Stiftungsrat der Dussmann Verwaltungs AG] dussmanngroup.com, abgerufen am 01.06.2017
16. ↑ [Wolfgang Clement flucht in Siegen über die SPD](#) wp.de, abgerufen am 17.05.2017
17. ↑ [Presseerklärung von M. Du Mont Schauberg vom 15. Januar 2009](#) archiviert auf archive.org
18. ↑ <https://www.dussmanngroup.com/dussmann-group/stiftungsrat/>, Aufsichtsrats der Dussmann Verwaltungs AG dussmanngroup.com], abgerufen am 01.06.2017
19. ↑ <https://www.igmetall.de/kuratorium-initiative-neue-soziale-marktwirtschaft-10462.htm>], Artikel zu Wolfgang Clement auf igmetall.de, abgerufen am 01.06.2017
20. ↑ [Biographie Wolfgang Clement](#), Website WhosWho.de, abgerufen am 27.10.2010
21. ↑ [Wolfgang Clement: Ein Herz für den Mittelstand](#), Website topjob.de, abgerufen am 07.06.2017
22. ↑ [Zwei Polit-Aussteiger träumen von Führung](#), stern.de vom 28. April 2010, abgerufen am 14. September 2010.
23. ↑ [„Wie Arbeitnehmer erpresst werden“](#), Report Mainz (ARD), Manuskript der Sendung vom 25. Juni 2007, abgerufen am 21. Juli 2010
24. ↑ [„Clement wird erster Arbeitsforscher“](#), manager-magazin.de vom 05. Oktober 2006, abgerufen am 09. Juli 2010
25. ↑ [„Clement verlässt den ‚Konvent für Deutschland‘“](#), Die Welt vom 26.08.2008, abgerufen am 12. Mai 2011
26. ↑ [„Wolfgang Clement wird Aufsichtsrat“](#), manager-magazin.de vom 13. Februar 2006, abgerufen am 21. Juli 2010
27. ↑ [„Kohle ohne Ende - wie Wolfgang Clement Steuermilliarden im Bergbau versenkt“](#), Kontraste (ARD), Manuskript der Sendung vom 05. Juni 2003, abgerufen am 21. Juli 2010
28. ↑ ["Eine reine Vertrauensfrage"](#), taz.de vom 15. Februar 2006, abgerufen am 21. Juli 2010

29. ↑ [Marc Brost: Anzeigenkampagne der Atomlobby Was sagen Sie nun, meine Herren?](#), Handelsblatt online vom 16. März 2011, abgerufen am 19. April 2013
30. ↑ ["Attacke gegen Ypsilanti - Clement fällt Hessen-SPD in den Rücken"](#), Spiegel.de vom 19. Januar 2008, abgerufen am 22. Juli 2010
31. ↑ ["Seiner Partei fremd geworden"](#), sueddeutsche.de vom 20. Januar 2008, abgerufen am 21. Juli 2010
32. ↑ ["Es lebe Neu-Otzenrath!"](#), derFreitag, 08. September 2000, abgerufen am 21. Juli 2010
33. ↑ [„Clement: Erst ein Drittel der notwendigen Reformen umgesetzt“](#), dradio.de, Manuskript der Sendung vom 17. Februar 2006, abgerufen am 21. Juli 2010
34. ↑ [Pressemitteilung des Verlags M. DuMont Schauberg vom 13. Juni 2006](#), Website des Verlags, abgerufen am 24.6.2011
35. ↑ [Medien "Kooperation ist nur ein schönerer Name für Kartell"](#), FAZ vom 5. Mai 2004, Website FAZ, abgerufen am 24.6.2011
36. ↑ [Professoren halten gelockerte Pressefusionskontrolle für "Irrweg"](#), Evangelischer Pressedienst (epd), Nr. 41/2004, Website epd, abgerufen am 24.6.2011
37. ↑ [Die Pressefusionskontrolle in der siebten GWB-Novelle Sondergutachten der Monopolkommission](#), Website der Monopolkommission, abgerufen am 24.6.2011
38. ↑ Möglicherweise war die Kritik von Union und FDP nur parteipolitisch bedingt, denn im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 wird unter IV. 2 erstaunlicherweise auch eine Überprüfung des Pressekartellrechts angekündigt.
39. ↑ [„Clement: Erst ein Drittel der notwendigen Reformen umgesetzt“](#), Interview mit Wolfgang Clement, dradio.de, Manuskript der Sendung vom 17. Februar 2006, abgerufen am 22. Juli 2010
40. ↑ [Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005](#), Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, August 2005, abgerufen am 22. Juli 2010

Wolfgang Tiefensee

Wolfgang Erwin Bernhard Tiefensee (*4. Januar 1955 in Gera*) ist ein deutscher Politiker. Von 1998 bis 2005 war Tiefensee Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, zwischen 2005 und 2009 Bundesminister für Verkehr Bau und Stadtentwicklung sowie Beauftragter für die neuen Bundesländer. Von 2009 bis 2014 war er Mitglied des Bundestages für die SPD. Seit 2014 ist er Thüringer Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft. Tiefensee geriet während seiner Amtszeit als Bundesminister in die Kritik: Das Ministerium hatte einen bestehenden Vertrag mit der Unternehmensberatung [PricewaterhouseCoopers](#) verlängert, ohne diesen vorher neu auszuschreiben.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	27
2 Verbindungen / Netzwerke	28
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
4 Einzelnachweise	28

Karriere

- seit 12/2014 Thüringer Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft
- 12/2014 Verzicht auf sein Bundestagsmandat; Nachfolger ist Detlef Müller

- 01/2014-12/2014 Wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- seit Okt. 2009 Abgeordneter des Deutschen Bundestages.
- 11/2005-10/2009 **Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** sowie Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
- April 2005 Wiederwahl zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig.
- 2002 bis 04 Präsident des Städtenetzwerkes EUROCITIES.
- 2001 bis 05 Vizepräsident des Sächsischen Städte- und Gemeindetages.
- 1998 Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig. Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages.
- 1995 Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).
- 1994 Bürgermeister und 1. Stellvertretender des Oberbürgermeisters, Dezernent für Jugend, Schule und Sport.
- 1992 Stadtrat (Dezernent) für Schule und Bildung der Stadt Leipzig.
- 1990 Amtsleiter des Schulverwaltungsamtes.
- 1989 bis 90 Politische Arbeit am Runden Tisch in Leipzig, Berufung als Stadtrat ohne Ressort, kurzzeitig Stadt-Verordneter.^{[1][2]}

Verbindungen / Netzwerke

Tiefensee war oder ist:

- Stellvertretender Vorsitzender der [Stiftung Lebendige Stadt](#)^[3]
- Vorsitzender des Parlamentarischer Beirats beim [Bundesverband eMobilität](#)^[4]
- Beiratsmitglied der K&S Sozialbau AG^[1]
- ehemaliges Mitglied des politischen Beirats beim [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#)^[1]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,11,2} [Lebenslauf von Wolfgang Tiefensee](#), bundestag.de, abgerufen am 27.04.2017
2. ↑ [Lebenslauf von Wolfgang Tiefensee](#), www.bundesrat.de, abgerufen am 27.04.2017
3. ↑ [Website der Stiftung lebendige Stadt](#), abgerufen am 27.04.2017
4. ↑ [Website des Bundesverbands eMobilität](#), abgerufen am 27.04.2017

Lebensmittelverband Deutschland

Weiterleitung nach:

- [Lebensmittelverband & Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie](#)

Wirtschaftsforum der SPD

Das im Februar 2015 gegründete **Wirtschaftsforum der SPD** e.V. bezeichnet sich selbst als „unabhängiger unternehmerischer Berufsverband“, ^[1] in welchem Unternehmensmitglieder und sozialdemokratische Verantwortungsträger:innen aus Parlamenten, Regierungen und Parteigliederungen in Bund, den Ländern und Europa in den Austausch treten können. Mit Blick darauf verwies der ehemalige Bundeswirtschafts- und Außenminister, **Sigmar Gabriel**, auf die „lange unternehmerische Tradition“ der SPD. Der damalige Präsident und Gründer des Wirtschaftsforums sowie ehemaliger Vorstandsvorsitzender der **TUI AG**, **Michael Frenzel**, sagte laut einem Bericht vom *SPIEGEL*, dass der gemeinsame Nenner zwischen den im Forum organisierten Wirtschaftsvertretern und der SPD darin liege, dass Wirtschaft immer auch dem „Gemeinwohl verpflichtet“ sei. ^[2] Mit der Gründung des Wirtschaftsforums hat sich Frenzel die Aufgabe gesetzt, die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert weiterzuentwickeln und zu fördern, wobei er „nachhaltigen und innovativen ökonomischen Erfolg als Ergebnis des Zusammenwirkens von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt“ betrachtet. ^[3]

Wirtschaftsforum der SPD

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Forum, in dem Vertreter der Wirtschaft und SPD-Politiker sich austauschen und zusammenwirken

Gründungsdatum Februar 2015

Hauptsitz Dorotheenstraße 35, 10117 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse spd-wirtschaftsforum.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	29
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	30
2.1 Mitglieder	30
2.2 Präsidium	30
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	31
2.4 Politischer Beirat	32
2.5 Fachforen	32
3 Fallbeispiele und Kritik	33
3.1 Lobbyverband mit Nähe zur Sozialdemokratie	33
4 Weiterführende Informationen	33
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	33
6 Einzelnachweise	33

Lobbystrategien und Einfluss

Laut § 2 Nr. 2 der **Satzung** stellt der Verein seinen Mitgliedern zur "Koordinierung der Berufs- und Standesinteressen [...] eine Vielzahl von Vortrags-, Diskussions- und Veranstaltungsformaten zu allen wirtschaftspolitischen Belangen bereit. Der Vereinszweck wird darüber hinaus durch den Austausch und die Zusammenarbeit mit Parlamenten, Behörden und sonstigen Einrichtungen sowie einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch die Veröffentlichung und Verbreitung erarbeiteter Positionspapiere und sonstiger Forschungs- und Arbeitsergebnisse verwirklicht."

In den [Fachforen](#) entstehen die Standpunkte, mit denen sich das Wirtschaftsforum in der Öffentlichkeit positioniert und die es in den politischen Raum hinein transportieren will. Die einzelnen Fachforen und ihre Leiter:innen sind weiter unten in diesem Artikel aufgelistet.

Finanzierung

Das Wirtschaftsforum der SPD finanziert sich größtenteils aus [Mitgliedsbeiträgen](#) der rund 400 Mitglieder. Finanzielle, operative oder strukturelle Verbindungen gibt es nicht. Der Mittelabfluss zu einer politischen Partei ist laut Satzung untersagt. ^[4] Das Wirtschaftsforum veröffentlicht jährlich einen Geschäftsbericht, in dem die Sponsoren gelistet sind. Der Sponsoringbericht aus dem Jahr 2021 findet sich [hier](#). Genaue Summen pro Sponsor sind dabei nicht angegeben.

Eintrag im Lobbyregister

Im deutschen Lobbyregister gibt das Wirtschaftsforum der SPD e.V. an, (Stand: 27.07.2022):

- im Jahr 2021 410.000 bis 420.000 € für Lobbyarbeit auszugeben
- 11-20 Beschäftigte im Bereich der Interessenvertretung
- 10 namentlich benannte Lobbyist:innen ([zum Registereintrag](#)).

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Mitglieder

Die Mitglieder benennt das Wirtschaftsforum der SPD auf seiner Website nicht. Mit Stand 29.07.2022 ist die entsprechende Unterseite leer. ^[5]

Im deutschen Lobbyregister geben 169 Organisationen an, Mitglied im SPD-Wirtschaftsforum zu sein. ^[6] Darunter z.Bsp.:

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Mercedes-Benz](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Uniper](#)
- [Google](#)
- [Amazon](#)
- [RWE](#)
- [EUTOP](#)
- [Zentraler Immobilien Ausschuss \(ZIA\)](#)
- [Philip Morris](#)

Präsidium

[Ines Zenke](#) (Präsidentin) ^{[7][8]}

- Wirtschaftskanzlei [Becker Büttner Held](#) (BBH-Gruppe), Rechtsanwältin und geschäftsführende Mitinhaberin

- **Bundesverband der Wirtschaftskanzleien**, Mitglied im Vorstand
- Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK) der Bundesregierung, ehem. ordentliches Mitglied (2016)
- zuletzt 2021 regelmäßige Sachverständigentätigkeit im Bundestag zu *carbon leakage*

Heiko Kretschmer (Schatzmeister) ^[9]

- Kommunikationsberatung **Johannsen + Kretschmer**, Gründer und Managing Partner
- **Deutsche Gesellschaft für Politikberatung**, Ethikbeauftragter und Schatzmeister

Susanne Knorre (Vizepräsidentin) ^[10]

- **RÜTGERS Germany GmbH**, **STEAG GmbH**, **NordLB**, **Salzgitter AG**, **Deutsche Bahn**, Aufsichtsrätin
- Professorin für Unternehmenskommunikation an der Hochschule Osnabrück
- Unternehmensberaterin (Management, Kommunikation, Strategie- und Organisationsentwicklung)
- ehem. niedersächsische Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr (2000-2003)

Matthias Machnig (Vizepräsident) ^[11]

- Unternehmensberater, bei **InnoEnergy** und **Macquarie** ([Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#))
- ehem. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (bis 04/2018); bis 2013 war Machnig Wirtschaftsminister in Thüringen und davor als Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen tätig

Philipp Schlüter (Vizepräsident) ^[12]

- **TRIMET Aluminium SE**, Vorstandsvorsitzender
- **Wirtschaftsvereinigung Metalle**, Mitglied des Präsidiums und des Vorstands
- **Aluminium Deutschland EV.**, Mitglied des Präsidiums
- Europäische Wirtschaftsvereinigung **European Aluminium**, Vice-Chairman des Executive Committee

Michael Wiener (Vizepräsident) ^[13]

- **Duales System Holding GmbH & Co. KG (DSD)**, Mitglied der Geschäftsführung und Vorsitzender
- Unternehmensgruppe **Der Grüne Punkt**, CEO
- **kunststoffland NRW e.V.**, Vorstand
- Arbeitsgemeinschaft **Verpackung + Umwelt e.V. (AGVU)**, Vorstand

Neben dem geschäftsführenden Präsidium, gehören auch die Mitglieder des erweiterten Präsidiums zum Präsidium des Wirtschaftsforums der SPD e.V., darunter: **Oliver Burkhard**, **Sabina Jeschke**, **Heinz Kreuter** und **Hiltrud Dorothea Werner**. Die Ehrenpräsidentenschaft obliegt dem Mitgründer und ehem. Präsidenten des Wirtschaftsforums, **Michael Frenzel**.

Stand: 07/2022, Quelle: ^[14]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates sind [hier](#) abrufbar.

Politischer Beirat

Die Mitglieder des Politischen Beirates sind [hier](#) abrufbar.

Fachforen

Arbeitswelt, Tarifpartnerschaft & Integration: Leiterin ist [Barbara Loth](#), Rechtsanwältin ^[15]

Digitales: Leiter ist [Boris von Chlebowski](#), Mitglied der [Accenture](#)-Geschäftsführung ^{[16][17]}

Energie & Klima: Leiterin ist [Ines Zenke](#) (s.o.) und Leiter ist [Christian Heine](#), Sprecher der Geschäftsführung der Hamburger Energiewerke GmbH ^[18]

Europa & Außenwirtschaft: Leiterin ist Corinna Schulze, Direktorin für EU Government Relations/Digital Government, SAP ^[19]

Finanzen und Kapitalmarkt: Leiter sind [Peter Gassmann](#), Managing Director und Sprecher der Geschäftsführung von Strategy& ([PwC](#)) und [Peter Güllmann](#), Vorstandssprecher bei BIB (Bank im Bistum Essen eG) ^[20]

Gesundheitswirtschaft: Leiter ist [Christian Clarus](#), Director Government Affairs bei B. Braun Melsungen AG ^[21]

Handel & Konsumgüter: Leiter ist [Stefan Giffeler](#), Geschäftsführer und Leiter der Hauptstadtrepräsentanz der [Schwarz Gruppe](#) ^[22]

Kommunales: Leiter ist [Alexander Götz](#), stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Leiter der Abteilung Energiewirtschaft beim [Verband kommunaler Unternehmen](#) (VKU) ^[23]

Kultur & Kreativwirtschaft: Leiter ist [Heiko Kretschmer](#) (s.o.) ^[24]

Mobilität & Infrastruktur: Leiter ist [Thomas Schwarz](#), Leiter für Government Affairs bei [Audi AG](#), wo er u. a. von 2010 bis 2013 den [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA) in der Koordinierungsstelle Elektromobilität unterstützte ^[25]

Ressourcen & Nachhaltigkeit: Leiterin ist [Margit Conrad](#), bis 2014 Staatsministerin des Landes Rheinland-Pfalz, ehemalige rheinland-pfälzische Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz ^[26] und Leiter ist [Ralph Müller Beck](#), Leiter des kommunalen Vertriebsmanagements Nord und des Bereichs Public Affairs bei [REMONDIS GmbH & Co. KG](#) ^[27]

Stadtentwicklung, Bau & Immobilien: Leiter ist [Andreas Breitner](#), Vorstand und Verbandsdirektor vom [Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen](#) ^[28]

Tourismus: Leiter ist [Dirk Inger](#), Hauptgeschäftsführer des [Deutschen ReiseVerband](#) (DRV) und zuvor Leiter der Unterabteilung Klima- und Umweltpolitik und Elektromobilität im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ^[29]

Stand: 07/2022

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyverband mit Nähe zur Sozialdemokratie

Der frühere Schatzmeister des Wirtschaftsforums, **Harald Christ**, organisierte Dinner-Treffen mit SPD-Politikern und Wirtschaftsvertretern. Der damalige Chef der **SPD** in NRW, **Michael Groschek**, traf sich in diesem Rahmen etwa im Februar 2018 mit Vertretern mehrerer großer Energieunternehmen. Christ sagte, es ginge darum, „Wirtschaftsleute als Mitglieder“ zu gewinnen. In einem Artikel vom *stern* wird zudem kritisiert, dass dank der Mitgliedsbeiträge von Unternehmen auch eine Zugangsmöglichkeit zu SPD-Politikern: innen eröffnet wird und das Wirtschaftsforum hinsichtlich der Sponsorengelder keine vollständige Transparenz bietet. ^[30]

In einem ausführlichen [Artikel](#) von *LobbyControl* geht es um wirtschaftsnahe Organisationen (wie das Wirtschaftsforum der SPD), die sich im Vorfeld von Parteien gegründet haben und einen direkten Lobby-Zugang zu Parteien ermöglichen.

Weiterführende Informationen

- [Wirtschaftsnahe Vorfeldorganisationen: Direkter Lobby-Zugang zu Parteien](#) | *LobbyControl*
- Video über die [Auftaktveranstaltung des SPD-Wirtschaftsforums](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
2. ↑ [SPD-Wirtschaftsforum mit Sigmar Gabriel: Genosse begrüßt Bosse](#) www.spiegel.de, vom 14.04.2015, abgerufen am 27.07.2022
3. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
4. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
5. ↑ [Mitglieder](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 29.07.2022
6. ↑ [Lobbyregister: Mitgliedschaften im Wirtschaftsforum der SPD](#) www.lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.07.2022
7. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
8. ↑ [Expert*innen - BBH Gruppe](#) www.die-bbh-gruppe.de, abgerufen am 22.07.2022
9. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
10. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
11. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
12. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
13. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
14. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022

15. ↑ [Arbeitswelt, Tarifpartnerschaft und Integration - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
16. ↑ [Digitales - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
17. ↑ [Boris von Chlebowski | Accenture](#) [www.accenture.com](#), abgerufen am 27.07.2022
18. ↑ [Energie und Klima - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
19. ↑ [Europa und Außenwirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
20. ↑ [Finanzen und Kapitalmarkt - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
21. ↑ [Gesundheitswirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
22. ↑ [Handel und Konsumgüter - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
23. ↑ [Kommunales - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
24. ↑ [Kultur- und Kreativwirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
25. ↑ [Mobilität und Infrastruktur - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
26. ↑ [Margit Conrad – Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE](#) [www.arbeit-umwelt.de](#), abgerufen am 27.07.2022
27. ↑ [Ressourcen und Nachhaltigkeit - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
28. ↑ [Stadtentwicklung, Bau und Immobilien - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
29. ↑ [Tourismus - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) [www.spd-wirtschaftsforum.de](#), abgerufen am 27.07.2022
30. ↑ [SPD-Wirtschaftsforum will Sponsoringsummen nicht im Detail offenlegen](#) [www.stern.de](#), vom 09.04.2019, abgerufen am 27.07.2022

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründungsdatum	1963
Hauptsitz	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Lobbybüro	

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses) ^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war. ^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags. ^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus. ^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand. ^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht. ^[12]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Lobby

büro

EU

Weba www.wirtschaftsrat.de
дресse

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	35
2 Aktivitäten	36
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	37
4 Geschichte	37
5 Fallstudien und Kritik	38
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	38
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	38
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	40
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	40
6 Finanzen	41
7 Zitate	41
8 Organisationsstruktur und Personal	41
9 Mitglieder	48
10 Die Landesverbände	48
11 Netzwerke	49
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	49
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	49
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
13 Einzelnachweise	50

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband

bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteioorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrats war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen
- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt .

Quellen: ^[26]^[27]

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch, mindestens aber Etikettenschwindel.“^[28] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“^[29]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner Fritz Vahrenholt^[31]^[32] als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative *Rettet unsere Industrie* gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll

sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[44] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats **Lars P. Feld** ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so **Feld**.^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“.^[51] Ein **LobbyControl** Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat](#), [75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen."^[30]

[Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt."^[53]
(finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> CECONOMY AG, CEO
Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats Familienunternehmen	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)

Position	Name	Tätigkeit
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> Deutsche Bank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender Handwerks- und Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[5] ^[4]	<ul style="list-style-type: none"> ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Thomas Saueressig, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Kai Hankeln, Matthäus Niewodniczanski, Selina Stihl, Dr. Michael Strugl	

(Stand: November 2023) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 53 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Microsoft Deutschland GmbH, Vorsitzende der Geschäftsführung
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	RWE , Leiterin der EU-Repräsentanz
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: November 2023) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, Vorstandsvorsitzender
Beirat Familienunternehmen	Bettina Würth	Adolf Würth GmbH & Co. KG, Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe
Beirat Zukunft Europa	Axel Weber	Präsident der Deutschen Bundesbank a.D., Verwaltungspräsident der UBS AG
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Marc Andree Groos	Vaillant GmbH, Geschäftsführer
Energiepolitik	Nikolaus Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Gesundheitswirtschaft	Kai Hankel	Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Michael Frick	Mahle GmbH, Geschäftsführer
Innovationsforum	Petra Justenhoven	PwC, Sprecherin der Geschäftsführung

Bundesfachkommission

	Vorsitz	Unternehmen
Internationaler Kreis	Jürgen Geißing	MTU Aero Engines AG, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christina Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Steuern	Matthias Oberndorfer	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Woeste	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Leiter des Walter Eucken Instituts , Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D. (Wirtschaftswissenschaftler)

(Stand: November 2023) ^[57]^[58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Energie für Mobilität	Frank Hiller	DEUTZ AG, Vorstandsvorsitzender
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, Vorstandsvorsitzender/CEO
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Gigabit-Gesellschaft	Michael Jungwirth	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
	Michael Dieckman	

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Krankenhausreform	n	AMEOS Gruppe, CDO und Mitglied des Vorstandes
Mehr Privat für einen starken Staat	Erhard Weimann	Staatssekretär a.D., EGW Strategie-Beratung
Pflege	Thomas Flotow	PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Patricia Lips	MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Stephanie Renda	Bundesverband Deutsche Startups, Vorstand und stellv. Vorsitzende vom Beirat Junge Digitale Wirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

(Stand: November 2023) ^[59]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Marc Oliver Bettzüge	<ul style="list-style-type: none"> • Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor • Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung, Mitglied • Rhenag, Mitglied des Verwaltungsbeirats
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • Munich Center for the Economics of Aging, Direktor emeritus • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Alexander Eisenkopf	Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Leiter des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik
Joachim Englisch	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Leiter des Institut für Steuerrecht
Gabriel Felbermayr	<ul style="list-style-type: none"> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Direktor Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor ECONWATCH, Präsident Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " Prometheus, Mitglied des Kuratoriums Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
	<ul style="list-style-type: none"> Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor und Mitglied des Präsidiums

Mitglieder	Akademische Position
Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Jürgen Kühling	<ul style="list-style-type: none"> Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht Monopolkommission, Mitglied
Reimund Neugebauer	Fraunhofer-Gesellschaft, Präsident
Christoph M. Schmidt	<ul style="list-style-type: none"> Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident European Sounding Board on Innovation (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums BMW, Mitglied des Aufsichtsrats
Christoph Spengel	Universität Mannheim, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Jens Strüker	<ul style="list-style-type: none"> Fraunhofer Blockchain-Labor, Leiter Forschungsinstitut für Informationsmanagement, Direktor
Volker Ulrich	<ul style="list-style-type: none"> Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre III, insb. Finanzwissenschaft Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), Vorsitzender des Beirats
Ludger Wössmann	<ul style="list-style-type: none"> ifo Zentrum für Bildungsökonomik, Leiter Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Professor für Volkswirtschaftslehre

(Stand: Dezember 2023) ^[60]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[61] Bundesvorsitzende ist seit 2021 Caroline Bosbach, Tochter des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach.^[62] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten

^[63] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung AG](#)). ^[64] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979 ^[65] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft". ^[66]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Hauwei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[67]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[68] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
- ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinetttisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
- ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#),faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
- ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#),wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
- ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
- ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
- ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz der Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
- ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
- ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
- ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
- ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
- ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022

22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressemitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter. com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
41. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.

50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#)[lieferkettengesetz.de](#) vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) [tageschau.de](#) vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), [finanznachrichten.de](#) vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) [wirtschaftsrat.de](#) vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 22.11.2023
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 22.11.2023
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ [Themen des Wirtschaftsrates](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
59. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 18-20](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
60. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 20.12.2023
61. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
62. ↑ [WR-Info: Junger Wirtschaftsrat wählt Caroline Bosbach an die Bundesspitze](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 25.10.2021, abgerufen am 05.12.2023
63. ↑ [Landesverbände](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
64. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
65. ↑ [Unsere Geschichte](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
66. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
67. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
68. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), [wirtschaftsrat.nsf](#) vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021